

Die kursächsische Außenpolitik am Vorabend des Bayerischen Erbfolgekrieges (Januar bis April 1778)

von
JACEK KORDEL

Nach dem Elend des Siebenjährigen Krieges (1756–1763) und dem Verlust der polnischen Krone (1763) musste sich das Kurfürstentum Sachsen um ein gutes Verhältnis zu seinen mächtigen Nachbarn bemühen: zur Wiener Hofburg, in deren Einflussbereich es sich während langer Jahrzehnte hindurch befand, und dem Berliner Hof, der infolge des ‚Mirakels des Hauses Brandenburg‘ seine eigene Position im Norden festigte. Sachsen zog sich stufenweise aus dem Lager der kaiserlichen Klientel zurück und wechselte dann umgehend ins preußische Lager.

Zwei Konflikte prägten die Beziehungen Kursachsens mit Österreich und Preußen besonders stark: die Frage der bayerischen Erbfolge und der Streit über die Lehnshoheit über die schönburgischen Herrschaften. Die Reichspolitik stand in den 1770er-Jahren im Zeichen der Regelung der bayerischen Erbfolge. Der Erbe des kinderlosen bayerischen Kurfürsten Max III. Josephs war der aus der rheinischen Linie der Wittelsbacher stammende Pfalzgraf Karl Theodor. Die verwitwete Kurfürstin von Sachsen, Maria Antonia, beabsichtigte als ältere Schwester Max III. Josephs, Ansprüche auf den Allodialnachlass zu erheben. Die sächsische Diplomatie bemühte sich um die Sicherung ihres Erbes. Deswegen trat der Dresdner Hof 1774 in Verhandlungen mit dem Pfalzgrafen Karl Theodor, die bis zum Tode Max III. Josephs im Dezember 1777 ergebnislos blieben. Es gab zudem noch andere Anwärter auf die bayerische Erbschaft: Kaiser Joseph II. beanspruchte mehrere Teile Bayerns als erledigte Reichslehen, und ebenso forderte Maria Theresia böhmische Lehen und Allodialstücke.¹ Eine der größeren Schwierigkeiten der sächsischen Diplomatie war ein scheinbar unwichtiger Streit um die von Böhmen beanspruchte Lehnshoheit über die Schönburgischen Herrschaften Glauchau, Waldenburg und Lichtenstein. Der Konflikt, dessen Wurzeln bis ins Spätmittelalter zurückreichten, verschärfte sich wesentlich in den 1770er-Jahren, als die Herren von Schönburg bestrebt waren, die Unabhängigkeit vom sächsischen Kurfürsten zu erlangen. Der Kaiser, der eine Januspolitik führte, unterstützte einerseits die Pläne der Herren von Schönburg, verfolgte andererseits aber – unter dem Vorwand, die Rechtsstellung der deutschen Lehnsgüter der Krone Böhmens zu

¹ JACEK KORDEL, Bemühungen um die Sicherung der bayerischen Erbfolge. 1760–1777, in: *Blätter für deutsche Landesgeschichte* 154 (2018), S. 549–596.

regulieren – das Ziel, die Kontrolle über die schönburgischen Territorien zu verstärken. Der sächsische Kurfürst Friedrich August III. sprach sich sowohl gegen die schönburgischen als auch die österreichischen Pläne aus und übte über die Herren von Schönburg und deren Gebiete die Landeshoheit aus. Kaiser Joseph II. entschloss sich im Frühjahr 1777, den Konflikt mit einem bewaffneten Angriff zu beenden. Friedrich August III. musste versuchen, die Souveränität und territoriale Integrität des Kurfürstentums gegen die kaiserlichen Ziele zu verteidigen. Die diplomatische Intervention des preußischen Königs Friedrich II., die in den Frühlingsmonaten 1777 erfolgte, führte zu einer Deeskalation des Konflikts. Der sogenannte Glauchauer Krieg bedeutete einen Umbruch in den Beziehungen zwischen Dresden und Berlin. Der preußische König überzeugte sich davon, dass das gute Verhältnis zwischen Sachsen und Österreich der Vergangenheit angehörte. Die sächsischen Staatsmänner mussten dagegen einsehen, dass es ohne friderizianische Unterstützung unmöglich gewesen wäre, das Kurfürstentum vor der aggressiven Politik des Kaiserhofes zu beschützen.² Beinahe zur gleichen Zeit wurde im April 1777 der bisherige Gesandte in Berlin, Heinrich Gottlieb von Stutterheim, zum Kabinettsminister und Staatssekretär für Außenpolitik berufen. Sein Vorgänger, Karl Johann von der Osten-Sacken, trat in den preußischen Dienst.³

Nach dem kinderlosen Tode des bayerischen Kurfürsten Max III. Josephs im Dezember 1777 erhob Friedrich August III. seine Ansprüche auf den Allodial-

² Zum Konflikt um die Schönburgischen Herrschaften und den sogenannten Glauchauer Krieg im Spiegel der sächsischen, preußischen und österreichischen Quellen: JACEK KORDDEL, *Z Austrą czy z Prusami? Polityka zagraniczna Saksonii 1774–1778* [Mit Österreich oder mit Preußen? Sächsische Außenpolitik 1774–1778] (Arkana historii), Kraków 2018, S. 99–242. Dieses längere Kapitel wird in einer anderen Publikation ausführlicher erörtert werden. Es fehlt an einer deutschsprachigen Monografie des Konfliktes. Wenig Aufmerksamkeit widmete dieser Frage WALTER SCHLESINGER, *Die Landesherrschaft der Herren von Schönburg. Eine Studie zur Geschichte des Staates in Deutschland* (Quellen und Studien zur Verfassungsgeschichte des Deutschen Reiches in Mittelalter und Neuzeit 9/1), Münster 1954. Die Arbeiten von ROBBY GÖTZE, *Die gräflich-schönburgische „Schloß-Compagnie“ zu Glauchau*, in: *Zeitschrift für Heereskunde* 55 (1991), Nr. 356, S. 100–103; DERS., *Graf Albert Christian Ernst von Schönburg und Caroline Regine von Carlowitz*, in: Ders./Wolf-Dieter Röber/Steffen Winkler (Hg.), *Glauchau in drei Jahrhunderten. Beiträge zur Stadt- und Schlossgeschichte*, Bd. 1: *Glauchau im 18. Jahrhundert*, Horb am Neckar 2000, S. 39–83; STEFFEN WINKLER, *Glauchau wird kursächsisch, ein Schönburger protestiert – der Rezess von 1740 und der „Glauchauer Krieg“*, in: ebd., S. 127–131; OSWIN LINDNER, *Hie Schönburg – hie Kursachsen. Ein langjähriger Streit der Vielauer mit ihren Kirchenbehörden wegen der Feier des Schönburgischen Bußtages*, in: *Die Heimat* 8 (1920), S. 57 f., 9 (1920), S. 68 f. stellen ausschließlich die schönburgische Perspektive dar, ohne die Gesichtspunkte der anderen Konfliktparteien zu berücksichtigen. Dies gilt ebenso für die Arbeit von ALEXANDRA THÜMLER, *Reichsstand, Pracht und Frömmigkeit. Repräsentationsformen der Grafen und Fürsten von Schönburg im 18. Jahrhundert* (Schriften zur sächsischen Geschichte und Volkskunde 59), Leipzig 2019, S. 340–352, die auf schönburgischen Archivalien und älteren Quelleneditionen basiert.

³ WERNER HAHLOWEG, *Die Grundzüge der Verfassung des sächsischen Geheimen Kabinetts 1763–1831*, in: *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft* 103 (1942/43), S. 20–23.

nachlass. Aber auch Maria Theresia und Joseph II. stellten Forderungen auf das bayerische Erbe. Dies musste zu einer Verschärfung der Verhältnisse führen. Zeitgleich erfolgte eine Intensivierung der Beziehungen zwischen Dresden und Berlin, die zum sächsischen „Renversement des alliances“ führte. Am 18. März 1778 wurde eine politische Konvention geschlossen, am 2. April folgte ein Militärvertrag.

Der vorliegende Beitrag setzt sich zum Ziel, die kursächsische Außenpolitik in den ersten Monaten des Jahres 1778 zu analysieren. Es handelt sich in erster Linie um die Umstände, unter welchen die sächsisch-preußische Allianz geschlossen wurde, und die Voraussetzungen, unter denen Kurfürst Friedrich August III. sich entschloss, mit Friedrich II., dem langjährigen Erzfeind des kursächsischen Hofes, ein Bündnis einzugehen.⁴ Die Grundlage bilden vor allem unveröffentlichte Quellen: Neben der sächsischen, preußischen und österreichischen diplomatischen Korrespondenz (Anweisungen für Gesandte und von ihnen verfasste Berichte) wurde das interne Aktenmaterial (Vorträge, in denen die Monarchen über aktuelle

⁴ Dass sich sowohl der Streit um die Schönburgischen Herrschaften als auch die bayerische Erbfolgefrage erheblich auf die Intensivierung der Beziehungen zwischen Dresden und Berlin auswirkten, bemerkte OTTHEINRICH SCHULZE, Die Beziehungen zwischen Kursachsen und Friedrich dem Großen nach dem Siebenjährigen Krieg bis zum Bayrischen Erbfolgekriege, Diss. Jena 1933. Da er jedoch ausschließlich die Akten der sächsischen Gesandtschaft in Berlin auswertete – ohne die ministeriellen Vorträge, Konferenzprotokolle, Denkschriften usw. zu berücksichtigen –, konnte er weder die sächsische noch die preußische Außenpolitik korrekt rekonstruieren. Die Probleme, die für ihn unklar blieben, versuchte er aufgrund der diplomatischen Korrespondenz des Berliner Hofes zu erklären, was zur Folge hatte, dass er kursächsische Projekte und Desiderate vom preußischen Standpunkt her bewertete. Auf die schönburgische und bayerische Frage in der Annäherung Sachsens und Preußens wies auch Rainer Groß hin: RAINER GROSS, Die Beziehungen zwischen Sachsen und Preußen vom Hubertusbürger Frieden 1763 bis zum Teschener Frieden 1779, in: Liselott Enders/Klaus Neitmann (Hg.), Brandenburgische Landesgeschichte heute (Brandenburgische historische Studien 4), Potsdam 1999, S. 159-176. Obwohl die bayerische Erbfolgefrage intensiv von Adolf Unzer erforscht wurde, gehörte die sächsische Außenpolitik nicht zu seinen Kernfragen. Die Archivalien sächsischer Provenienz wurden von ihm nur insoweit ausgewertet, wie sie die bayerische, österreichische und preußische Politik beleuchteten; ADOLF UNZER, Die Entstehung der pfälzisch-österreichischen Convention vom 3. Januar 1778, in: Mitteilungen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung 15 (1894), Heft 1, S. 68-113; DERS., Der Herzog von Zweibrücken und die Sendung des Grafen Goertz, in: ebd. 18 (1897), Heft 3-4, S. 401-492; DERS., Hertzbergs Anteil an den preussisch-österreichischen Verhandlungen 1778/79, Frankfurt am Main 1890. In vielen Arbeiten, die die bayerische Erbfolge betreffen, wurde die sächsische Problematik nur marginal behandelt; z. B. KARL OTMAR FREIHERR VON ARETIN, Bayerns Weg zum souveränen Staat. Landstände und konstitutionelle Monarchie 1714-1818, München 1976; HANS RALL, Die Hausverträge der Wittelsbacher. Grundlagen der Erbfälle von 1777 und 1799, in: Hubert Glaser (Hg.), Krone und Verfassung. König Max I. Joseph und der neue Staat, Beiträge zur Bayerischen Geschichte und Kunst, 1799-1825, München 1980, S. 13-41; ALOIS SCHMID, Max III. Joseph und die europäischen Mächte. Die Außenpolitik des Kurfürstentums Bayern von 1745-1765, München 1987; DIETMAR STRAUVEN, Die wittelsbachischen Familienverträge 1761 bis 1779, Düsseldorf 1969.

politische Probleme in Kenntnis gesetzt worden waren, Denkschriften und Gutachten) ausgewertet.

I. Der Tod Max Josephs III. und Zehmens Mission

Die Nachrichten von der plötzlichen Verschlechterung des Gesundheitszustandes Max III. Josephs, die in den ersten Dezembertagen des Jahres 1777 publik wurden, wurden in fast ganz Europa kommentiert. Diese Informationen riefen auch in Dresden eine gewisse Unruhe hervor.⁵ Bald darauf wurde jedoch aus München gemeldet, dass eine Verbesserung des Wohlbefindens des Kurfürsten eingetreten sei, sodass dem letzten Wittelsbacher auf dem bayerischen Thron zum neuen Jahr eine baldige Genesung gewünscht wurde. Max III. Joseph konnte diese Wünsche jedoch nicht mehr entgegennehmen, da er am 30. Dezember 1777 verstarb.

Die Nachricht vom Ableben des bayerischen Kurfürsten erreichte blitzschnell die deutschen und europäischen Hauptstädte. Am späten Abend des 1. Januar 1778 kam in Dresden ein Brief des Münchener Bankiers Franz Anton Pilgram, am Tag darauf der Bericht des sächsischen Gesandten am Münchener Hof, Christian Gottlieb Unger, an.⁶ Prinz Karl, der ehemalige Herzog von Kurland, beabsichtigte, unmittelbar nachdem die Nachricht vom Tod des bayerischen Kurfürsten eingetroffen war, nach München zu fahren, um seine Schwester, die bayerische Kurfürstenwitwe Maria Anna zu unterstützen. Friedrich August III., der befürchtete, dass Karls Besuch an der Isar den sächsischen Interessen schaden könnte, genehmigte die Reise seines Onkels jedoch nicht.⁷

Die nach Dresden kommenden Berichte der Diplomaten warnten, dass Bayern bald von den k. und k. Truppen besetzt würde oder dass zumindest in den Reichslehen die kaiserliche kommissarische Verwaltung eingeführt würde.⁸ Obwohl die

⁵ Karl Philipp von Alvensleben, preußischer Gesandter in Dresden, an Friedrich II. von Preußen, Dresden, 20. Dezember 1777, Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin (im Folgenden: GStA Berlin), I. Hauptabteilung (im Folgenden: I. HA), Rep. 96, Nr. 65 D, Bl. 207-207^v.

⁶ Christian Gottlieb Unger, sächsischer Gesandter in Bayern, an Heinrich Gottlieb von Stutterheim, den sächsischen Kabinettsminister und Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, München, 30. Dezember 1777, Sächsisches Staatsarchiv – Hauptstaatsarchiv Dresden (im Folgenden: HStA Dresden), 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 02652/05, Bl. 1-1^v.

⁷ Franz Knebel von Katzenellenbogen, österreichischer Gesandter in Dresden, an Wenzel Anton Fürst von Kaunitz-Rietberg, den österreichischen Staatskanzler, Dresden, 5. Januar 1778, Österreichisches Staatsarchiv, Abt. Haus-, Hof- und Staatsarchiv, Wien (im Folgenden: HHStA Wien), Staatskanzlei (im Folgenden: SK), Sachsen 21.

⁸ Otto Ferdinand von Löben, sächsischer Gesandter am Reichstag in Regensburg, an Friedrich August III. von Sachsen, HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 02652/05, Bl. 2-4; Gotthelf Adolf von Hoym, sächsischer bevollmächtigter Minister in Österreich, an Stutterheim, Wien, 3. Januar 1778, ebd., Bl. 57-59; Johann Sigismund von Pezold, sächsischer Minister-Resident in Wien, an Stutterheim, Wien, 3. Januar 1778, ebd., Bl. 60-62.

sächsischen Minister noch keinen genauen Plan ausgearbeitet hatten, um die Ansprüche des Kurfürsten sicherzustellen, bekam Unger am 2. Januar die Anweisung, das bayerische Archiv und jegliche in der Münchener Residenz aufbewahrten Mobilien sehr genau im Auge zu behalten. Er sollte auch den dortigen Hof an die unveräußerlichen Rechte Friedrich Augusts III. auf das bayerische Allodialerbe erinnern.⁹

Im Kreise der in Dresden akkreditierten Diplomaten wurde vermutet, dass Sachsen sich aus dem Kampf um das Erbe der bayerischen Wittelsbacher zurückziehen könnte.¹⁰ Entgegen diesen Gerüchten traf der Kurfürst nach gemeinsamen Sitzungen des Geheimen Konsiliums und des Geheimen Kabinetts, die am 2. und 3. Januar stattfanden, die Entscheidung, die sächsischen Ansprüche in München offiziell geltend zu machen. Um für die Anrechte des Wettiners einzutreten, wurde beschlossen, Adolph Alexander von Zehmen, *un homme de confiance de l'Électeur*, an die Isar zu entsenden.¹¹

Zehmen wurde vor eine Aufgabe gestellt, die eigentlich unmöglich zu bewältigen war. In Dresden rechnete man damit, dass die Schatzkammer und andere Räume, in denen Kostbarkeiten aufbewahrt wurden, darunter Kunstwerke und

⁹ Stutterheim an Unger, Dresden, 2. Januar 1778, HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 02652/05, Bl. 5^v-6.

¹⁰ Knebel an Kaunitz, Dresden, 2. Januar 1778, HHStA Wien, SK, Sachsen 21. Der sächsische Kurfürst soll das dem Erzbischof von Mainz unterstehende Erfurt mit seinen angrenzenden Gebieten erhalten. Der Kurfürst von der Pfalz würde wiederum ein am Rhein gelegenes Territorium für die Indemnisierung des Reichserzkanzlers erhalten.

¹¹ Knebel an Kaunitz, Dresden, 5. Januar 1778, HHStA Wien, SK, Sachsen 21; Kanzleivermerk aus der gemeinsamen Sitzung des Geheimen Kabinetts und des Geheimen Konsiliums, Dresden, 3. Januar 1778, HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 02652/05, Bl. 7. Das Zitat: Alvensleben an Friedrich II., Dresden, 5. Januar 1778, GStA Berlin, I. HA, Rep. 96, Nr. 65 E, Bl. 14^v. Zehmen, der als ausgewiesener Experte im Bereich des Reichs- und Lehnrechts bekannt war, war zuvor in München, Salzburg, Eichstätt und Wetzlar tätig. Auf Initiative der Kurfürstin-Witwe Maria Antonia wurde er 1768 nach Dresden geholt. Er wurde jedoch nicht, im Gegensatz zu ihren Vorstellungen, zu einem Instrument der mütterlichen Kontrolle über das Handeln des Kurfürsten; Franz Josef Wurmbrand, österreichischer Gesandter in Sachsen, an Kaunitz, Dresden, 29. Oktober, 17. November 1768, HHStA Wien, SK, Sachsen 15, Bl. 414, 427^v; Das politische Testament des Kurfürsten Friedrich August III., in: Archiv für die sächsische Geschichte 10 (1872), S. 337-390, hier S. 386 f. SCHULZE, Beziehungen (wie Anm. 4), S. 70 vertrat die Ansicht, dass der sächsische Hof beschlossen habe, passiv zu bleiben und das zukünftige Vorgehen von der Haltung des preußischen Königs abhängig zu machen. Der Grund dafür war, dass Schulze nur die Berichte Alvenslebens berücksichtigte, der nach Berlin schrieb, dass die sächsischen Staatsmänner versuchen würden, die Pläne Friedrichs II. in der bayerischen Frage zu erfahren; Alvensleben an Friedrich II., Dresden, 3. Januar 1778, GStA Berlin, I. HA, Rep. 96, Nr. 65 E, Bl. 6^v. Einen aktuellen Überblick zu frühneuzeitlichen Fürstentestamenten bietet in der Einleitung: JOCHEN VÖTSCH (Hg.), Sächsische Fürstentestamente 1652-1831. Edition der letztwilligen Verfügungen der regierenden albertinischen Wettiner mit ergänzenden Quellen (Quellen und Materialien zur sächsischen Geschichte und Volkskunde 6), Leipzig 2018, S. IX-XXII.

eine Büchersammlung, in Erwartung weiterer Entscheidungen verschlossen und verplombt würden. Der Kommissar wurde bevollmächtigt, die vom sächsischen Kurfürsten beanspruchten Güter, die über ganz Bayern verstreut waren, gemäß einem der Anweisung beigefügten Verzeichnis formell zu übernehmen und sicherzustellen. Er sollte Einspruch erheben, wenn Immobilien oder Mobilien, die nach Auffassung des Dresdner Hofes dem sächsischen Kurfürsten zufallen sollten, im Namen eines anderen Herrschers in Besitz genommen würden. Des Weiteren sollte er sich um die Eröffnung des Testaments Max Josephs bemühen. Der sächsische Hof vertrat hierbei den Standpunkt, dass der letzte Wille des bayerischen Kurfürsten ignoriert werden sollte, falls er Bestimmungen enthielt, die gegen die Interessen Friedrich Augusts verstießen.¹² Obwohl Zehmen ein Sekretär zur Hilfe zugeteilt wurde und der sich seit Jahren in München aufhaltende Christian Gottlieb Unger¹³ sowie der sächsische Gesandte in Regensburg Otto Ferdinand von Löben¹⁴ zu seiner Verfügung standen, wäre er, auch mit wohlwollender Einstellung der bayerischen Minister, nicht im Stande gewesen, die ihm gestellten Aufgaben zu bewältigen, da es Scharen von Mitarbeitern erfordert hätte, um die in ganz Bayern gelegenen Güter zu übernehmen und sicherzustellen. Es scheint, dass Zehmens Mission lediglich dazu dienen sollte, die Ansprüche des sächsischen Kurfürsten zu präsentieren, die erst im Laufe der Verhandlungen mit den interessierten Höfen wohl mit der Beteiligung der wichtigsten Großmächte durchgesetzt werden könnten.¹⁵ Es lässt sich jedoch nicht ausschließen, dass in Dresden angenommen wurde, Sachsen könnte so manchen Gegenstands der Ansprüche in der Atmosphäre der Unsicherheit, die den Tod des letzten bayerischen Wittelsbachers begleitete, auf Anhieb habhaft werden. Davon zeugte ausdrücklich die Beilage zu der am 9. Januar aus Dresden entsandten Anweisung an Zehmen, in der Heinrich Gottlieb von Stutterheim, Kabinettsminister und Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, dem Kommissar nahelegte, er möchte die bayerische Schatz-

¹² Vollmacht für Adolph Alexander von Zehmen, den kursächsischen Kommissar in Bayern, Dresden, 3. Januar 1778, Ihro Churfürstlichen Durchlaucht zu Sachsen rechtsbegründete Ansprüche an die Bayerische Allodial-Verlassenschaft, Dresden 1778, Beilagen, S. 72 f.; Reskript Friedrich Augusts III. (verfasst von Stutterheim) an Zehmen, Dresden, 4. Januar 1778, HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 02658/01, Bl. 1-5^v; Tabellarisches Verzeichnis deren bayerischen nach der Teilung de anno 1329 particulariter akquirierten Allodialgüter so viel davon zurzeit bekannt ist, ebd., Bl. 9-15.

¹³ Stutterheim an Unger, Dresden, 4. Januar 1778, HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 02652/05, Bl. 18-19.

¹⁴ Friedrich August III. an Löben, Dresden, 5. Januar 1778, ebd., Bl. 24-24^v.

¹⁵ Stutterheim teilte „im Vertrauen“ seine Gedanken Knebel mit, dass der wohl einzige Erfolg von Zehmens Mission darin bestehen würde, an die sächsischen Rechte auf das bayerische Allodialerbe zu erinnern. Der Leiter der sächsischen Außenpolitik sondierte damit eine Möglichkeit, österreichische Unterstützung zu bekommen. Er erhielt jedoch keine Erklärung: Der österreichische Gesandte wurde am 3. Januar vom Reichsvizekanzler Rudolph Joseph Fürst von Colloredo-Waldsee angewiesen, sich nicht zur bayerischen Frage zu äußern; Knebel an Kaunitz, Dresden, 12. Januar 1778, HHStA Wien, SK, Sachsen 21.

kammer, insbesondere die aus dem Vorjahr stammenden Erträge aus Gebieten, die Gegenstand sächsischer Ansprüche waren, im Auge behalten.¹⁶

II. Denkschriften über die sächsischen Rechte auf das bayerische Allodialerbe

Am 6. Januar 1778 trafen in Dresden die Berichte Ungers vom 1. Januar und Löbens vom 2. Januar ein. Die sächsischen Diplomaten informierten darüber, dass unmittelbar nach dem Tod Max Josephs das bereits 1771 erstellte Besitzergreifungspatent in München veröffentlicht worden war, welches kraft der Hausverträge die Übernahme der Hoheit über ganz Bayern durch den Kurfürsten von der Pfalz Karl Theodor bekannt gab.¹⁷ Diese Verträge waren für den Dresdner Hof besonders beunruhigend, da sie keine größeren Zugewinne für den sächsischen Kurfürsten enthielten.¹⁸ Friedrich August machte aus seinem Zorn gegenüber dem sächsischen Gesandten bei dem Kurfürsten von der Pfalz, Andreas von Riaucour, keinen Hehl. Er machte die Nachlässigkeit des Diplomaten dafür verantwortlich, dass Informationen über Hausverträge fehlten, was für Kursachsen verhängnisvolle Folgen haben könnte.¹⁹ Diplomaten aus München und Regensburg berichteten des Weiteren, dass den Truppen in ganz Bayern unverzüglich der Gehorsamseid abgenommen wurde. Alle Beobachter der bayerischen Politik überraschte die Geschicklichkeit, mit der sich der Kurfürst von der Pfalz ans Werk machte. Es wurde allgemein die Frage nach einem eventuellen Bündnis zwischen dem Pfalzgrafen Karl Theodor und dem Kaiser Joseph II. diskutiert. Es wurde jedoch angenommen, dass das Bündnis nicht zustande gekommen sei, andernfalls hätte der Kurfürst von der Pfalz, wie man in diplomatischen Kreisen vermutete, die Absicht, ganz Bayern in Besitz zu nehmen, nicht verkünden können.²⁰

¹⁶ Stutterheim an Zehmen, Dresden, 9. Januar 1778, HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 02658/01, Bl. 20-22.

¹⁷ Unger an Stutterheim, München, 1. Januar 1778, HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 02652/05, Bl. 50-51; Löben an Friedrich August III., Regensburg, 2. Januar 1778, ebd., Bl. 45-48^v; Besitzergreifungspatent, in: Vollständige Sammlung von Staatschriften zum Behuf der bayerischen Geschichte nach Absterben Churfürst Maximilian III. und dadurch erloschener wilhelminischer Linie des Hauses Bayern, Bd. 1, Frankfurt am Main 1778, S. 7-11.

¹⁸ Joseph Albrecht von Zech, bayerischer Staatsmann und Befürworter der sächsischen Interessen an der Isar, erklärte Unger, dass er weder von den Hausverträgen noch dem Patent etwas wusste; Unger an Stutterheim, München, 1. Januar 1778, HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 02652/05, Bl. 51-53. Den Weg zur Schließung weiterer Hausverträge durch die getrennten Linien der Wittelsbacher stellte DIETMAR STRAUVEN, *Die wittelsbachischen Familienverträge 1761-1779*, Düsseldorf 1969, dar.

¹⁹ Knebel an Kaunitz, Dresden, 12. Januar 1778, HHStA Wien, SK, Sachsen 21.

²⁰ Unger an Stutterheim, München, 1. Januar 1778, HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 02652/05, Bl. 50-51; Löben an Friedrich August III., Regensburg, 2. Januar 1778, ebd., Bl. 45-48^v.

Die am 6. Januar auf einer gemeinsamen Sitzung tagenden Mitglieder des Geheimen Konsiliums und des Geheimen Kabinetts legten Friedrich August III. nahe, die sächsischen Rechte auf das bayerische Allodialerbe in Wien, Berlin, Paris und Mannheim formal geltend zu machen. Von der Entschlossenheit des Dresdner Hofes zeugt die Tatsache, dass noch am Abend desselben Tages die in Eile angefertigten Denkschriften aus Dresden versandt wurden.²¹

In den an Preußen, Österreich (eingereicht sowohl bei der Reichs- als auch bei der Staatskanzlei) und Frankreich (mit gewissen stilistischen Änderungen) gerichteten Noten informierten die sächsischen Diplomaten, dass das bayerische Allodialerbe dem Kurfürsten kraft des Reichs- und Lehngesetzes zufiele und dass er bereits einen Kommissar ernannt habe, der ihm zustehenden Gebiete, Gebäude und Mobilien in Besitz nehmen sollte. Den Noten wurde kein Verzeichnis der gewünschten Objekte beigelegt.²²

In der an die Wiener Hofburg gerichteten Note wurde die Hoffnung geäußert, dass ein Übereinkommen in der bayerischen Frage mit wohlwollender Unterstützung des kaiserlichen Hofes geschlossen und umgesetzt werden würde.²³ In der in Berlin vorgelegten Denkschrift war außer der Hoffnung, der preußische König möge am künftigen, Bayern betreffenden Übereinkommen teilnehmen, auch die Bitte enthalten, die sächsischen Interessen während der Vertragsverhandlungen zu unterstützen.²⁴ Diese Hilfe wurde auch vom französischen Hof erbeten.²⁵

Die Denkschrift für den Kurfürsten von der Pfalz war wesentlich kürzer, sie erinnerte an die Rechte Friedrich Augusts auf das bayerische Allodialerbe, enthielt aber auch eine Einladung zur Eröffnung von Gesprächen über die Trennung des Feudal- vom Allodialerbe und somit zur Bestimmung der den beiden Parteien zustehenden Territorien. Es wurde vorgeschlagen, unverzüglich Kommissare zu ernennen und als Tagungsort Regensburg zu wählen.²⁶ Mitte des Monats beschloss

²¹ Kanzleivermerk aus der gemeinsamen Sitzung des Geheimen Kabinetts und des Geheimen Konsiliums, Dresden, 6. Januar 1778, HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 02652/05, Bl. 25; Stutterheim an Hoym und Pezold, Dresden, 6. Januar 1778, ebd., Loc. 00735/03, Bl. 3-4; Stutterheim an Friedrich August von Zinzendorf und Pottendorf, den sächsischen Gesandten in Berlin, Dresden, 6. Januar 1778, ebd., Loc. 02652/05, Bl. 43-43v; Stutterheim an Johann David Zapfe, den sächsischen Legationsrat in Mannheim, Dresden, 6. Januar 1778, ebd., Bl. 44; Stutterheim an Jean Baptiste Rivière, den sächsischen chargé d'affaires (Geschäftsträger) in Paris, Dresden, 11. Januar 1778, ebd., Bl. 92-92v; Alvensleben an Friedrich II., Dresden, 9. Januar 1778, GStA Berlin, I. HA, Rep. 96, Nr. 65 E, Bl. 27v.

²² Note von Hoym und Pezold an Colloredo, Wien, 10. Januar 1778, Rechtsbegründete Ansprüche (wie Anm. 12), Beilagen, S. 78-81.

²³ Ebd., S. 81.

²⁴ Note von Zinzendorf an Karl Wilhelm Finck von Finckenstein und Ewald Friedrich von Hertzberg, die preußischen Kabinettsminister, Berlin, 8. Januar 1778, HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 02652/05, Bl. 30-34v.

²⁵ Note Rivières an Charles Gravier de Vergennes, den französischen Außenminister, ohne Ort, ohne Datum, ebd., Bl. 38-31v.

²⁶ Note Zapfes an Matthäus von Vieregg, den pfälzischen Außenminister, Mannheim, 10. Januar 1778, ebd., Bl. 35-37.

der Kurfürst, weitere Großmächte über die sächsischen Ansprüche zu informieren. Die in Petersburg und London residierenden Diplomaten sollten die Rechtsgrundlagen der sächsischen Ansprüche vorstellen und sich um die Unterstützung sowie die Vermittlung des englischen und russischen Hofes bemühen.²⁷ Sachsen war nicht stark genug, um an eine selbstständige Durchsetzung der kurfürstlichen Ansprüche zu denken. Die sächsischen Staatsmänner wussten, dass es die Großmächte waren, die über die Zukunft des bayerischen Erbes sowie über potenzielle sächsische Territorialgewinne entscheiden würden. Zehmens Mission und die Informationen über die Inbesitznahme der präbendierten Territorien waren lediglich von symbolischer und propagandistischer Bedeutung.

III. Gespräche in Wien

Pfalzgraf Karl Theodor suchte an der Donau Unterstützung bei der Abweisung der sächsischen Ansprüche auf das Allodialerbe sowie bei der Ablehnung der Übernahme der Herzogtümer Jülich und Berg durch Friedrich II. von Preußen. Das Übereinkommen mit dem Kaiserhof sollte einen geheimen Teilungsvertrag verhindern, den Preußen, Österreich und Sachsen ohne Wissen des Kurfürsten schließen könnten. In den Gesprächen, die seit den ersten Monaten des Jahres 1776 und noch intensiver seit Frühling 1777 geführt wurden, äußerte Karl Theodor das Interesse an dem Tausch von ganz Bayern gegen die habsburgischen Niederlande. Wien hatte jedoch andere Pläne und machte eine Fortsetzung der Gespräche über die Unterstützung bei der Abweisung der sächsischen Ansprüche im Süden und der preußischen Gefahr im Norden von der Anerkennung der österreichischen Rechte auf bestimmte bayerische Territorien abhängig. Als Max Joseph starb, waren die Gespräche noch nicht abgeschlossen. Am 3. Januar 1778 wurde der Gesandte des Kurfürsten von der Pfalz an der Wiener Hofburg, Heinrich Joseph von Ritter, der weder über die bayerisch-pfälzischen Hausverträge noch über das am 30. Dezember veröffentlichte Besitzergreifungspatent Kenntnis hatte, unter der Drohung, dass der Kaiser ganz Bayern annektieren würde, gezwungen, die österreichischen Ansprüche auf viele Gebiete in Niederbayern, auf böhmische Lehen in der Oberpfalz sowie auf die Grafschaft Mindelheim anzuerkennen. Die Konvention vom 3. Januar sah vor, dass der Kaiser und das Reich über die von den bayerischen Wittelsbachern nach dem Hausvertrag von Pavia (1329) gewonnenen Territorien verfügen würden. Dies schuf die Möglichkeit, zahlreiche bayerische Gebiete an die habsburgischen Erbländer anzuschließen. Das Übereinkommen zog die Möglichkeit in Betracht, in Zukunft Gespräche über einen Tausch von Territorien zu führen, worauf Karl Theodor große Hoffnungen setzte. Am Mün-

²⁷ Stutterheim an Johann Gustav von der Osten-Sacken, den sächsischen Gesandten in Petersburg, Dresden, 17. Januar 1778, ebd., Bl. 179-179v; Stutterheim an Hans Moritz von Brühl zu Martinskirch, den sächsischen Gesandten in London, Dresden, 18. Januar 1778, ebd., Bl. 180-180v.

chener Hof wurde überdies damit gerechnet, dass der Kurfürst von der Pfalz die von den bayerischen Wittelsbachern nach 1329 gewonnenen Reichslehen, die Gegenstand der Konvention vom 3. Januar waren, *ex nova gratia* erhalten würde. Diese Argumente waren entscheidend für die Ratifizierung des Vertrags am 14. Januar 1778 durch Karl Theodor.²⁸

Von der Konvention vom 3. Januar 1778 erfuhren die sächsischen Diplomaten verhältnismäßig spät. Erst eine Woche darauf berichteten sie nach Dresden über deren Unterzeichnung, ohne jedoch den Inhalt des Übereinkommens zu kennen.²⁹ Am 10. Januar reichten Gotthelf Adolf von Hoym, sächsischer bevollmächtigter Minister, und Johann Sigismund von Pezold, sächsischer Minister-Resident in Wien, bei der Staats- und Reichskanzlei Denkschriften ein, die die sächsischen Rechte auf das bayerische Allodialerbe notifizierten. Weder der Staatskanzler und Leiter der österreichischen Außenpolitik Wenzel Anton Fürst von Kaunitz-Rietberg noch der Reichsvizekanzler Rudolph Joseph Fürst von Colloredo-Waldsee nahmen, unter dem Vorwand ihrer zahlreichen Verpflichtungen, Stellung zum Inhalt der Denkschrift. Lediglich der geheime Reichsreferendar Franz Georg Freiherr von Leykam versicherte den Diplomaten, dass seines Erachtens alle Parteien, die Rechtstitel auf das bayerische Erbe besaßen, an den zukünftigen Verhandlungen teilnehmen sollten. Die Gespräche sollten kurz nach der Veröffentlichung des Testaments Max Josephs, das für die Ansprüche eine Schlüsselrolle einnahm, erfolgen.³⁰ Die sächsische Denkschrift, insbesondere die darin enthaltene Bekanntgabe, dass Maria Antonia im Jahre 1776 ihre Erbrechte an Friedrich August III. abgetreten hatte, rief ein reges Interesse bei den an der Wiener Hofburg residierenden Diplomaten hervor.³¹

Mit der Beantwortung der sächsischen Note ließ sich der Kaiserhof Zeit. Es wurde geplant, sich mit den Ansprüchen Friedrich Augusts erst nach der Einschätzung der Lage in München auseinanderzusetzen und dabei den Stand der Umsetzung der Konvention vom 3. Januar zu berücksichtigen.³² Von entscheidender Bedeutung war die Gestaltung recht guter Beziehungen zu Karl Theodor, um sich nicht der Gefahr eines Zweifrontenkampfes auszusetzen. Die Wiener Hof-

²⁸ Vollständige Sammlung (wie Anm. 17), Bd. 1, S. 12-15; ADOLF BEER, Zur Geschichte des bayerischen Erbfolgekrieges, in: Historische Zeitschrift 35 (1876), S. 88-102; ALFRED RITTER VON ARNETH, Maria Theresia's letzte Regierungszeit, Bd. 4: 1763-1780, Osnabrück 1971, S. 280-317; ARETIN, Bayerns Weg (wie Anm. 4), S. 65-83.

²⁹ Hoym an Stutterheim, Wien, 10. Januar 1778, HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 02652/05, Bl. 119-120^v.

³⁰ Hoym und Pezold an Stutterheim, Wien, 14. Januar 1778, ebd., Bl. 181-187.

³¹ Johann Friedrich von Riedesel, der preußische Gesandte in Wien, an Friedrich II., Wien, 10. Januar 1778, GStA Berlin, I. HA, Rep. 96, Nr. 48 G. – Ich habe vor, demnächst einen Aufsatz über die Verhandlungen zwischen Maria Antonia und Friedrich August III. zu publizieren. Wenige und unpräzise Informationen bei KARL VON WEBER, Maria Antonia Walpurgis. Churfürstin zu Sachsen, geb. kaiserliche Prinzessin in Bayern, Beiträge zu einer Lebensbeschreibung derselben, Bd. 2, Dresden 1857, S. 47-75.

³² Kaunitz an Colloredo, Wien, 11. Januar 1778, HHStA Wien, SK, Noten an die Reichskanzlei 7.

burg konnte es sich jedoch nicht leisten, den sächsischen Kurfürsten völlig zu missachten. Es ging dabei nicht um die Ansprüche des Kurfürsten, sondern um die Möglichkeit, dass Sachsen ansonsten in die politische Einflussphäre Preußens geriet. Die österreichischen Staatsmänner, vor allem Kaunitz, fürchteten sich vor einer derartigen Entwicklung der Ereignisse. An der Donau wusste man ganz genau, dass sich Friedrich II., für den sich das Postulat, die sächsischen Rechtstitel zu verteidigen, als ein günstiger Vorwand erweisen könnte, um am bayerischen Erbfolgestreit teilzunehmen, sicherlich gegen die territoriale Erweiterung Österreichs aussprechen würde. Aus diesem Grund würde der Kaiser ein sächsisch-pfälzisches Übereinkommen, infolgedessen Friedrich August eine geringe finanzielle Entschädigung bekäme, willkommen heißen. Vorläufig war jedoch die Teilnahme des Kaiserhofes an diesen Gesprächen nicht vorgesehen.³³

Auf die Probleme der sächsischen Ansprüche kam die Wiener Hofburg erst zurück, nachdem die Nachrichten von der Ratifizierung des Vertrags vom 3. Januar durch Karl Theodor sowie dem Einmarsch österreichischer Besatzungstruppen in die vom Kaiserhof prätendierten Gebiete (16. Januar 1778) und der Einführung der kommissarischen Verwaltung eingetroffen waren. Am 19. Januar wurde Pezold durch Friedrich Freiherr Binder von Krieglstein, dem wirklichen geheimen Rat in der Staatskanzlei, versichert, dass die Staatskanzlei bereits an der Antwort auf die sächsische Denkschrift arbeite. Ein vertrauter Mitarbeiter von Kaunitz versuchte damit, den sächsischen Diplomaten zu überzeugen, dass der Kaiser beabsichtige, rechtmäßige Lösungen zu suchen. Es war jedoch zu früh, um über die Zukunft des bayerischen Erbes zu sprechen. In erster Linie sollten beide Seiten auf die Veröffentlichung des Testaments Max Josephs warten und gleichzeitig den Inhalt der in den letzten Jahren von den Wittelsbachern geschlossenen Hausverträge kennenlernen. Auf die Frage nach der Konvention vom 3. Januar antwortete Binder ausweichend, indem er behauptete, der Kurfürst von der Pfalz habe die österreichischen Rechtstitel auf bestimmte bayerische Gebiete anerkannt. Zudem machte er seinem Gesprächspartner Vorwürfe, der Dresdner Hof habe die Ansprüche auf das bayerische Allodialerbe angeblich zu spät geltend gemacht. Hätte man die Gespräche diesbezüglich früher aufgenommen, hätte das Übereinkommen längst erreicht werden können.³⁴ Die sächsische Partei konnte nicht daran zweifeln, dass die Wiener Hofburg beabsichtigte, vollendete Tatsachen zu schaffen.

Unabhängig davon, dass die Großmächte über die Aufteilung des bayerischen Erbes entscheiden sollten, konnte es sich der Kaiserhof nicht leisten, die historisch-rechtliche Argumentation auszulassen. Es wurde nämlich damit gerechnet, dass Friedrich II., der mittlere und kleinere Reichsstände um sich scharte, die

³³ Kaunitz an Ludwig von Cobenzl, den österreichischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister in Berlin, Wien, 7. Februar 1778, HHStA Wien, SK, Preußen 60, Bl. 13^v, vgl. ARNETH, Maria Theresia (wie Anm. 28), Bd. 4, S. 315 f.

³⁴ Hoym und Pezold an Stutterheim, Wien, 20. Januar 1778, HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 02652/06, Bl. 24-27^v.

einen Anspruch auf die Teilhabe am Erbe der bayerischen Wittelsbacher erhoben, das Außerachtlassen von Rechtstiteln in der antikaiserlichen Propaganda nutzen könnte. Das Vorlegen der eigenen Rechtsdeduktionen schien demnach ein viel sicherer Weg zu sein, um ein bestimmtes Dekor in den Beziehungen mit den Erben Max Josephs zu wahren, und auch weil sich eine Gerichtsverhandlung nicht ausschließen ließ. Auch wenn in der Konvention vom 3. Januar bereits von den österreichischen Rechten auf bestimmte Lehen, die von den k. und k. Truppen allmählich besetzt wurden, die Rede war, beabsichtigte die Wiener Hofburg, zusätzlich Ansprüche auf die Allodialerbmasse geltend zu machen. Am 22. Januar 1778 legte Kaunitz der Kaiserin Maria Theresia das Ergebnis der Arbeiten der Juristen und Archivare in dieser Sache vor:³⁵ Das Haus Habsburg könne, ähnlich wie andere europäische und deutsche Königs- und Fürstenhäuser, Rückforderungsansprüche (Regredient-Erbschaftsansprüche) erheben. Die rechtliche Grundlage basierte auf dynastischen Verbindungen. Gemäß dem Gutachten der Juristen und Archivare hätten mit dem Erlöschen der männlichen Linie der bayerischen Wittelsbacher auch die Verzichtserklärungen, welche die Prinzessinnen vor der Eheschließung mit den bayerischen Fürsten abgegeben hatten, ihre Gültigkeit verloren. Daraus wurde die Schlussfolgerung gezogen, dass nach dem Tode Max Josephs nicht nur Maria Antonia, die einzige lebende Schwester des Verstorbenen, sondern auch die Verwandten der Ehefrauen der bayerischen Herrscher Ansprüche auf das Allodialerbe geltend machen könnten. Nach Kaunitz' Ansicht stellte die Chronologie das wichtigste Kriterium dar: Die dynastischen Beziehungen mussten dahingehend unter die Lupe genommen werden. Das Ziel war, festzulegen, welche Verbindungen die ältesten Rechte besaßen. Die Wiener Hofburg wollte ihre Ansprüche auf Verbindungen zwischen den Habsburgern und den Wittelsbachern vom Ende des 16. Jahrhunderts stützen.³⁶ Maria Anna, die Tochter von Albrecht V. (der in Bayern von 1550 bis 1579 herrschte) und von Anna, Tochter des Kaisers Ferdinand I., war die Ehefrau von Erzherzog Karl II. von Steiermark. Der Sohn des Letzteren, Kaiser Ferdinand II., war wiederum mit Maria Anna verheiratet, der Tochter von Wilhelm V., der von 1579 bis 1597 im Herzogtum München regierte:³⁷ Maria Theresia war eine Nachfahrin der beiden Herzoginnen. Die Schlussfolgerung war offensichtlich: Die dynastischen Verbindungen der Habsburger mit den Wittelsbachern reichten am weitesten in die Vergangenheit zurück, weshalb der Kaiserhof das Recht hatte, Anspruch auf den Löwen-

³⁵ *So fand ich für notwendig, diese wichtige und wegen der Verschiedenheit der Meinungen der Rechtsgelehrten verworrene Angelegenheit näher untersuchen und zu dem Ende die nebensgehende rechtliche Ausführungen entwerfen zu lassen*; Kaunitz an Maria Theresia, Wien, 22. Januar 1778, HHStA Wien, SK, Vorträge 125, Bl. 201.

³⁶ Rechtssätze über die kurbayerische Allodialverlassenschaft, in: Rechtsbegründete Ansprüche (wie Anm. 12), S. 82 f.

³⁷ SIGMUND RITTER VON RIEZLER, Wilhelm V., in: Allgemeine Deutsche Biographie, Bd. 42, Leipzig 1897, S. 717-723; WALTER GOETZ, Albrecht V., in: Neue Deutsche Biographie, Bd. 1, Berlin 1953, S. 158-160; BERTHOLD SUTTER, Karl II., in: ebd., Bd. 11, Berlin 1977, S. 240-242.

anteil der Allodialerbmasse zu erheben.³⁸ Eine Note, die einen Auszug aus den von den Wiener Archivaren und Juristen angefertigten Rechtsdeduktionen enthielt, erreichte die sächsischen Diplomaten am 23. Januar 1778. Diese erkannten, dass die österreichische Partei darauf aus war, die sächsischen Territorialansprüche beträchtlich einzuschränken und Friedrich August möglicherweise ganz aus dem Kreis der Erben auszuschließen.³⁹

Ein paar Tage früher, am 20. Januar, war eine Note an die bei der Wiener Hofburg akkreditierten Diplomaten gerichtet worden, in der Kaunitz über die Ansprüche des Hauses Habsburg auf bestimmte bayerische Ländereien sowie darüber informierte, dass diese kraft einer Konvention mit dem Kurfürsten von der Pfalz in den Besitz Österreichs gekommen sind. Es wurde weiterhin mitgeteilt, dass die bisherigen Maßnahmen der Habsburger sich ausschließlich auf die Ansprüche der Wiener Hofburg bezogen und in keinerlei Zusammenhang mit Maßnahmen stünden, die der Kaiser aufgrund seiner Berechtigung, über die erloschenen Reichslehen zu verfügen, in Zukunft ergreifen könnte.⁴⁰ Informationen über Kaunitz' Schreiben und die Denkschrift der Staatskanzlei erreichten Dresden am 27. Januar 1778.⁴¹

IV. Zehmens Mission: Verhandlungen an der Isar

Die Berichte aus München dürften am Dresdner Hof keinen Optimismus hervorgerufen haben. Die sächsischen Minister waren von der Geschicklichkeit der Handlungsweise des Kurfürsten von der Pfalz überrascht, der, nachdem er am 2. Januar in der bayerischen Hauptstadt angekommen war, es in den ersten Tagen seines Aufenthalts an der Isar geschafft hatte, nicht nur einen Gehorsamseid der Truppen abzunehmen, sondern auch die Mehrheit der kurfürstlichen Gebiete durch eine Gruppe von dazu bestimmten Kommissaren in Besitz zu nehmen. Die Chance des Dresdner Hofes, eine reibungslose Durchsetzung der eigenen Ansprüche auf das Allodialerbe herbeizuführen, verringerte sich, als Joseph Albrecht von Zech, der bayerische Archivar und Befürworter der sächsischen Frage an der

³⁸ Rechtssätze (wie Anm. 36), S. 82 f.

³⁹ Hoym an Stutterheim, Wien, 23. Januar 1778, HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 02652/06, Bl. 44-46.

⁴⁰ Note Kaunitz' an Hoym, Wien, 20. Januar 1778, ebd., Bl. 34-35; Note Kaunitz' an Riedesal mit dem gleichen Inhalt in: Vorstellung der Beweggründe welche Seine Majestät den König von Preußen vermüßiget haben sich der Zertrümmerung von Baiern zu widersetzen, ohne Ort, 1788, Beilagen, S. 1 f.; Hoym an Stutterheim, Wien, 21. Januar 1778, HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 02652/06, Bl. 31-33; ARNETH, Maria Theresia (wie Anm. 28), Bd. 4, S. 330. Eine entsprechende Erklärung wurde denselben Tag am Reichstag in Regensburg vorgelegt; Vollständige Sammlung (wie Anm. 17), Bd. 1, S. 30-32.

⁴¹ Note Kaunitz' an Hoym, Wien, 20. Januar 1778, HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 00735/03, Bl. 61-62^v; Hoym an Stutterheim, Wien, 23. Januar 1778, ebd., Loc. 02652/06, Bl. 44.

Isar, der sich kritisch über die voreilige, ohne Zustimmung des Kaisers und ohne Wissen der übrigen Erben erfolgte Machtübernahme Karl Theodors geäußert hatte, aus dem engsten Führungskreis der Staatsangelegenheiten verdrängt wurde. Auch die Berichte über ein wahrscheinliches Übereinkommen zwischen dem Kaiserhof und dem Kurfürsten von der Pfalz stimmten Dresden nicht gerade optimistisch. Obwohl die sächsischen Minister seit langem über die zu diesem Thema geführten Gespräche Bescheid wussten, hofften sie auf deren Misserfolg, der dem Dresdner Hof einen größeren Spielraum in den Beziehungen mit den am bayerischen Erbe interessierten Staaten ermöglichte.⁴²

Zehmen traf am 10. Januar 1778 in München ein.⁴³ Der Kurfürst von der Pfalz hatte schon längst das Erbe Max Josephs angetreten, doch der Kaiserhof zweifelte bereits die Rechtmäßigkeit der kurpfälzischen Herrschaft in Bayern an. Es schien, dass es für die sächsischen Ansprüche in München keinen Platz mehr gab. In diplomatischen Kreisen wurde kolportiert, dass der sächsische Kommissar vor die Aufgabe gestellt worden wäre, Ansprüche im Wert von etwa zwanzig oder gar dreißig Millionen rheinischen Gulden sicherzustellen.⁴⁴ Zehmen besprach seine Mission vor allem mit Zech. Letzterer verlor bereits an Einfluss und obwohl er dem sächsischen Kommissar versicherte, dem Dresdner Hof ergeben zu sein, versuchte er parallel, seine Stellung an der Wiener Hofburg zu festigen.⁴⁵

Der Spielraum des sächsischen Kommissars war stark begrenzt. Zech ließ es nicht zu, dass das sächsische Siegel an der plombierten Tür zum Münchener Archiv angebracht wurde. Er warnte den sächsischen Kommissar, er würde an der Isar nicht viel erreichen, da er lediglich über eine Vollmacht verfügte, mit den bayerischen Ministern zu verhandeln, und keine Beglaubigungsschreiben an Karl Theodor besaß. Die bayerischen Minister Maximilian von Seinsheim und Wiguläus von Kreittmayr wollten mit Zehmen überhaupt nicht über seine Aufgaben reden, ähnlich wie der Leiter der Außenpolitik des Kurfürsten von der Pfalz, Matthäus von Vieregg.⁴⁶ Nach Ansicht des Kommissars herrschten an der Isar

⁴² Unger an Stutterheim, München, 4. Januar 1778, HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 02652/05, Bl. 77-78. Eine gewisse Zeit hatten die Berichte Hoyms eine beruhigende Wirkung. Der Gesandte teilte noch am 7. Januar Stutterheim mit, dass die Vereinbarung zwischen Karl Theodor und der Wiener Hofburg sicherlich noch nicht abgeschlossen worden sei. Hoym an Stutterheim, Wien, 7. Januar 1778, ebd., Loc. 02926/01, Bl. 11^v-12^v.

⁴³ Zehmen an Stutterheim, München, 11. Januar 1778, HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 02652/05, Bl. 124-124^v.

⁴⁴ Franz Sigismund Adalbert von Lehrbach, österreichischer Gesandter in Mannheim, an Kaunitz, München, 13. Januar 1778, HHStA Wien, SK, Bayern 37, Bl. 42.

⁴⁵ Zehmen an Stutterheim, München, 13. Januar 1778, HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 02652/05, Bl. 138-138^v; Lehrbach an Kaunitz, München, 9. Januar 1778, HHStA Wien, SK, Bayern 37, Bl. 27.

⁴⁶ Zehmen an Stutterheim, München, 13. Januar 1778, HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 02652/05, Bl. 138^v-141^v. Die ersten Misserfolge von Zehmens Mission und seine Gespräche mit Zehmen wurden in München ausführlich diskutiert: Lehrbach an Kaunitz, München, 14. Januar 1778, HHStA Wien, SK, Bayern 37, Bl. 62-62^v. Nach Ansicht von Adam Franz von Hartig, dem kaiserlichen Gesandten in München, der

Unruhe und Unsicherheit, die noch dadurch verstärkt wurden, dass mit jedem Tag der erwartete Einmarsch der k. und k. Truppen in die vom Kaiserhof prätendierten Gebiete näher rückte. *Der Himmel weiß*, schrieb Zehmen in seinem Bericht vom 14. Januar, *wie es mit Bayern werden wird*.⁴⁷

In Dresden wurde Zehmen einerseits Passivität vorgeworfen, andererseits war man sich dessen bewusst, dass der sächsische Kommissar an der Isar nicht viel erreichen konnte. Stutterheim trug ihm jedoch auf, trotz ungünstiger Umstände und Schwierigkeiten, die sächsischen Ansprüche auf das Allodialerbe bei den Instanzen zu reklamieren, die über dieses Erbe wachten. Trotz allem bekam Zehmen die Anweisung, das sächsische Siegel an der verschlossenen Tür zum Münchener Archiv und zur Schatzkammer anzubringen. Sollte ihm das verwehrt werden, sollte er einen offiziellen Protest am bayerischen Hof einlegen.⁴⁸

Erst am 18. Januar wurde dem sächsischen Kommissar, der keine Beglaubigungsschreiben an den Kurfürsten von der Pfalz hatte, eine Audienz bei diesem gewährt.⁴⁹ Die Gespräche endeten ergebnislos, der Kurfürst von der Pfalz erklärte unverhohlen, er würde lieber mit Riaucour, der am Hof in Mannheim akkreditiert war, über die sächsischen Ansprüche auf das Allodialerbe reden. Ähnlich äußerte sich auch Vieregg.⁵⁰ Ebenso ergebnislos endeten Zehmens Gespräche mit den bayerischen Ministern Seinsheim und Kreittmayr. Sie stellten die Rechtsgrundlagen des sächsischen Kurfürsten nicht infrage, es war jedoch offensichtlich, dass sie um jeden Preis bestrebt sein würden, deren Umfang zu beschränken.⁵¹

Währenddessen erhielt der sächsische Kommissar die Anweisung, eine weitere Note am Münchener Hof vorzulegen. Am 20. Januar verlangte er auf offiziellem Wege das Recht, das sächsische Siegel an der Tür des verschlossenen Archivs und

auch beim bayerischen Reichskreis akkreditiert war, würden die bayerischen Minister, nach dem dort üblichen Verfahren, die Bearbeitung sächsischer Forderungen so lange wie möglich verschieben; Hartig an Kaunitz, München, 16. Januar 1778, HHStA Wien, SK, Bayern 38, Bl. 26-27.

⁴⁷ Zehmen an Stutterheim, München, 13. Januar 1778, HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 02652/05, Bl. 140. Über die militärische Besetzung der von der Wiener Hofburg geforderten Gebiete und der mangelnden Hoffnung auf eine gütliche Beilegung der sächsischen Ansprüche vor dem Reichshofrat: Unger an Stutterheim, München, 13. Januar 1778, ebd., Bl. 143-146; Löben an Friedrich August III., Regensburg, 14. Januar 1778, ebd., Bl. 147-150.

⁴⁸ Stutterheim an Zehmen, Dresden, 17. Januar 1778, HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 02658/01, Bl. 27-29.

⁴⁹ Zehmen an Stutterheim, München, 15. Januar 1778, HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 02652/05, Bl. 212-214; Unger an Stutterheim, München, 15. Januar 1778, ebd., Bl. 215-218.

⁵⁰ Zehmen an Stutterheim, München, 18. Januar 1778, HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Bl. 238-240; 21. Januar 1778, ebd., Loc. 02652/06, Bl. 12-13. Zehmens mangelnde diplomatische Erfahrung war Gegenstand von Diskussionen unter den am Münchener Gericht akkreditierten Diplomaten; Lehrbach an Kaunitz, München, 21. Januar 1778, HHStA Wien, SK, Bayern 37, Bl. 88-88v.

⁵¹ Zehmen an Stutterheim, München, 18. Januar 1778, HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 02652/05, Bl. 238-240.

der Schatzkammer anzubringen.⁵² Das Anbringen des kurfürstlichen Siegels hätte nur eine symbolische Bedeutung besessen, indem es an die Rechte Friedrich Augusts auf die bayerische Allodialerbmasse erinnert hätte. Zehmen erwartete diesbezüglich keinen Durchbruch, da er zu Recht den Verdacht hegte, dass es die Absicht des Münchener Hofes war, die Gespräche zu verzögern. Dem diente unter anderem die Infragestellung des Rechts Max Josephs, als des letzten männlichen Vertreters der Dynastie, auf die Anfertigung eines Testaments. Nach Zehmens Informanten hätten die Diskussionen über die Rechtskraft des Testaments des Kurfürsten sogar einige Jahre andauern können, in denen sich die Herrschaft des Kurfürsten von der Pfalz an der Isar festigen könnte.⁵³

Die Konvention vom 3. Januar 1778, der Einmarsch der k. und k. Truppen in Bayern am 16. Januar sowie die Schwierigkeiten, die die bayerischen Beamten Zehmen bereiteten, bewogen Stutterheim zur Einsicht, dass der Kurfürst von der Pfalz der Wiener Hofburg restlos ergeben sei und daher nicht als Partner bei künftigen Verhandlungen infrage komme. Der Dresdner Hof, was der Leiter der Außenpolitik fast direkt zugab, war machtlos. Er musste auf Entscheidungen warten, auf die er keinen Einfluss hatte. Die fehlenden Aussichten auf einen erfolgreichen Abschluss von Zehmens Mission wurde auch von den übrigen sächsischen Ministern betont.⁵⁴

Das Ausbleiben der erwarteten Resultate zwang die sächsischen Staatsmänner, ihre bisherige Strategie gegenüber der Wiener Hofburg und gegenüber dem mit ihr, wie in Dresden vermutet wurde, verbündeten Münchener Hof zu ändern. Am 27. Januar versammelten sich die Mitglieder des Geheimen Konsiliums und des Geheimen Kabinetts auf einer gemeinsamen Sitzung, unmittelbar nachdem in Dresden die österreichische Note vom 20. Januar und die Denkschrift der Staatskanzlei vom 23. Januar eingetroffen war. Die sächsischen Staatsmänner fassten den Beschluss, der Reichskanzlei einen Vorschlag zu beiderseitigen detaillierten Archivrecherchen zu unterbreiten, die unumgänglich waren, um das Allodialeigentum aus der Feudalmasse auszugliedern. Es wurde auch entschieden, bei der Staatskanzlei gegen die bisherigen österreichischen Handlungen und besonders gegen die Rückforderungsansprüche zu protestieren.⁵⁵

⁵² Note Zehmens an die sächsischen Minister Maximilian von Seinsheim und Wiguleus von Kreittmayr, München, 20. Januar 1778, HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 02658/01, Bl. 34-35^v.

⁵³ Zehmen an Stutterheim, München, 21. Januar 1778, HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 02652/06, Bl. 13-14^v.

⁵⁴ *Wir haben uns dermalen bloß an I. Ch. D. gegründete Gerechtsame zu halten und zu erwarten, dass man solche der Billigkeit und denen Rechten gemäß, erkennen;* Stutterheim an Hoym und Pezold, Dresden, 19. Januar 1778, HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 00735/03, Bl. 24-25^v, Zitat: Bl. 25; Alvensleben an Friedrich II., Dresden, 26. Januar 1778, GStA Berlin, I. HA, Rep. 96, Nr. 65 E, Bl. 61^v.

⁵⁵ Protokoll einer gemeinsamen Sitzung des Geheimen Konsiliums und des Geheimen Kabinetts, Dresden, 27. Januar 1778, HStA Dresden, 10024 Geheimer Rat, Loc. 04471/08, Bl. 724.

Auf der Sitzung vom 27. Januar wurde auch über Zehmens Mission diskutiert. Es wurde beschlossen, dass er seine Aktivitäten fortsetzen und die sächsischen Rechte auf das bayerische Allodialerbe reklamieren solle. Man war sich allerdings dessen bewusst, dass nach dem Einmarsch der k. und k. Truppen in Bayern die Wiener Hofburg das Sagen haben würde, was zur Abberufung Zehmens und dem Einreichen eines offiziellen Protests am bayerischen Hof führen würde.⁵⁶

V. Konsultationen mit dem Berliner Hof

Auch der Berliner Hof hatte ein starkes Interesse an der bayerischen Frage. Friedrich II. schrieb an Wilhelm Bernard von der Goltz, den preußischen Gesandten in Paris: *la mort de l'électeur de Bavière change tout*.⁵⁷

Das übergeordnete Ziel des preußischen Königs war es, die österreichische Annexionspolitik aufzuhalten. Die Annäherung an Frankreich konnte der Weg sein, der dazu führen würde. Friedrich war sich noch nicht sicher, ob sich der Kampf gegen den Kaiserhof auf dem Schlachtfeld oder im Laufe von Kabinettsverhandlungen entscheiden ließe. Der preußische Hof brauchte Informationen über die politischen Pläne und Absichten der Reichsstände, die auf Max Josephs Erbe Anspruch erheben konnten, sowie einen Vorwand, um sich aktiv am bayerischen Erbfolgekrieg zu beteiligen. Der preußische König hoffte, dass sich der Kurfürst von der Pfalz oder dessen rechtlicher Erbe, Herzog Karl II. August von Zweibrücken, an ihn um Hilfe wenden würden. Friedrich schloss nicht aus, dass sich auch der sächsische Hof behilflich erweisen würde.⁵⁸ Der preußische König wollte nicht voreilig eine offene Auseinandersetzung mit dem Kaiser beginnen, sondern wartete auf den ersten Schritt des Gegners. Ganz unverhohlen schrieb er an Ewald Friedrich von Hertzberg, den preußischen Kabinettsminister: *sa conduite [des Kaiserhofes] sera la boussole de la mienne*.⁵⁹

Anders betrachteten die engsten Berater des Königs die bayerische Frage. Sein Bruder, Prinz Heinrich – der bestrebt war, das Territorium der preußischen

⁵⁶ Ebd., Bl. 724-726^v. Über die Unzufriedenheit über Zehmens Mission und die Enttäuschung über den mangelnden Erfolg einiger sächsischer Minister schrieb Alvensleben an Friedrich II., Dresden, 30. Januar 1778, GStA Berlin, I. HA, Rep. 96, Nr. 65 E, Bl. 66.

⁵⁷ Friedrich II. an Wilhelm Bernhard von der Goltz, den preußischen Gesandten in Paris, Berlin, 6. Januar 1778, GUSTAV BERTHOLD VOLZ (Hg.), Politische Correspondenz Friedrichs des Großen, Bd. 40: Vom bayerischen Erbfolgekrieg bis zum Tode Friedrichs des Großen. Januar bis April 1778, Berlin 1928, S. 13.

⁵⁸ UNZER, Hertzbergs Anteil (wie Anm. 4), S. 7; DERS., Herzog von Zweibrücken (wie Anm. 4), S. 401-414; REINHOLD KOSER, Geschichte Friedrichs des Großen, Bd. 3, Stuttgart 1912, S. 391 f.; GUSTAV BERTHOLD VOLZ, Friedrich der Große und der Bayerische Erbfolgekrieg, in: Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte 44 (1932), Heft 1, S. 276-278.

⁵⁹ Friedrich II. an Hertzberg, Potsdam, 5. Januar 1778, VOLZ, Politische Correspondenz (wie Anm. 57), Bd. 40, S. 11.

Monarchie mindestens um die Markgrafschaften Ober- und Niederlausitz, wenn nicht sogar um ganz Sachsen zu erweitern – sprach sich für ein rasches Übereinkommen mit der Wiener Hofburg aus.⁶⁰ Zu Gesprächen mit dem Kaiserhof war auch Hertzberg geneigt. Bereits am 4. Januar 1778, an dem Tag, an dem die Nachricht vom Tode des bayerischen Kurfürsten Berlin erreichte, legte er dem König den Entwurf einer Übereinkunft mit dem Kaiserhof vor, die auf dem Prinzip der Gleichheit zukünftiger territorialer Erwerbungen beruhen sollte: Der Berliner Hof könnte die österreichischen Territorialgewinne in Bayern akzeptieren, forderte als Gegenleistung aber die Zustimmung zur Inkorporation der Lausitzer Markgrafschaften sowie eine Entschädigung des sächsischen Kurfürsten mittels der fränkischen Markgrafschaften. Der König lobte zwar den Entwurf des Ministers, hatte zu diesem Zeitpunkt aber nicht die Absicht, ihn zu verwirklichen. Seine weiteren Entscheidungen hingen von den vom Kaiserhof ergriffenen Maßnahmen ab.⁶¹

Es gab an der Spree keine Zweifel, dass der preußische Hof gewisse Rechtstitel für die Teilnahme am bayerischen Erbfolgestreit und somit für eine Auseinandersetzung mit der Wiener Hofburg erlangen musste.⁶² Diese konnten von den Erben des verstorbenen bayerischen Kurfürsten, die an der Spree Hilfe und Unterstützung des Berliner Hofes erhofften – darunter der sächsische Kurfürst Friedrich August III. –, geliefert werden. Bereits am 9. Januar, einen Tag nachdem in Berlin eine Denkschrift, die die sächsischen Ansprüche auf das Allodialerbe beschrieb, eingereicht worden war, konnte der sächsische Gesandte in Berlin, Friedrich August von Zinzendorf und Pottendorf, über die eher wohlwollende Einstellung des preußischen Hofes nach Dresden berichten. Karl Wilhelm Finck von Finckenstein, der preußische Kabinettsminister, versicherte dem sächsischen Gesandten, dass der Berliner Hof dem Kurfürsten helfen würde, allerdings könnte der König angesichts der komplizierten Rechtsverhältnisse und der wahrscheinlichen Beteiligung vieler, nicht nur deutscher Reichsstände, sondern auch europäischer Staaten an der bayerischen Frage den Umfang der möglichen Unterstützung erst später bestimmen. Als Gegenleistung wurde dringend die gesamte Dokumentation gefordert, die der Dresdner Hof bislang zur bayerischen Frage gesammelt hatte, vor allem die Abschriften der Hausverträge der Wittelsbacher sowie ein vollständiges Verzeichnis der vom sächsischen Hof beanspruchten Gebiete.⁶³ Die Festlegung

⁶⁰ VOLZ, Friedrich der Große (wie Anm. 58), S. 283-286; CHESTER VERNE EASUM, Prinz Heinrich von Preußen. Bruder Friedrichs des Großen (Göttinger Bausteine zur Geschichtswissenschaft 24), Göttingen 1958, S. 419-422.

⁶¹ UNZER, Hertzbergs Anteil (wie Anm. 4), S. 3-5, 121-123. Vgl. KOSER, Geschichte Friedrichs des Großen (wie Anm. 58), Bd. 3, S. 395 f.

⁶² VOLZ, Friedrich der Große (wie Anm. 58), S. 296.

⁶³ Vermerk Finckensteins aus dem Gespräch mit Friedrich II., Berlin, 9. Januar 1778, VOLZ, Politische Correspondenz (wie Anm. 57), Bd. 40, S. 21 f.; Note Finckensteins und Hertzbergs an Zinzendorf, Berlin, 9. Januar 1778, HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 02652/05, Bl. 86-86^v; Zinzendorf an Stutterheim, Berlin, 9. Januar 1778, ebd., Loc. 03398/04, Bl. 6-7^v. Alvensleben wurde von sächsischen Ministern regel-

des Modus der eventuellen Unterstützung für den Dresdner Hof hing von vielen Faktoren ab, insbesondere von den aus Wien kommenden Informationen. Am 12. Januar 1778 schrieb der König an Goltz: *je me ne suis pas non plus déterminé sur la demande de la Saxe*.⁶⁴ Eine unverbindliche Ankündigung der Unterstützung würde es erlauben, wichtige Unterlagen zu erhalten und sich auf eine grundlegende Auseinandersetzung mit dem Kaiserhof vorzubereiten.

Die Nachrichten aus Berlin wurden an der Elbe mit unverhohlener Freude begrüßt. Für Zinzendorf wurde ein *lettre ostensible* vorbereitet, in dem angekündigt wurde, dass ein Stapel Dokumente, die sich auf die bayerische Frage beziehen, in möglichst kurzer Zeit nach Berlin entsandt werden würde. Gleichzeitig wurde über die Gefahr bewaffneter Maßnahmen seitens der Wiener Hofburg informiert, die Kriegsvorbereitungen traf.⁶⁵ In der geheimen Anweisung äußerte Stutterheim die Hoffnung, dass es mit preußischer Hilfe gelingen würde, ein für Sachsen günstiges Übereinkommen mit dem Kurfürsten von der Pfalz zu schließen. Der preußische König sollte einerseits von der Ehrlichkeit der sächsischen Absichten überzeugt werden, andererseits sollte die sächsische Machtlosigkeit, derer man sich am Berliner Hof bewusst war, nicht verfrüht ans Licht treten.⁶⁶ In Berlin war die Schwäche des sächsischen Kurfürsten jedoch bekannt und man beabsichtigte, das Fehlen jeglicher Möglichkeiten politischer Manöver seitens des südlichen Nachbarn dahingehend zu nutzen, die Kontrolle über die Aktivitäten des Dresdner Hofes zu erreichen.⁶⁷

Bereits am 17. Januar 1778 wurde eine Denkschrift nach Berlin entsandt, die eine Erklärung der Rechtsgrundlagen der sächsischen Ansprüche auf das bayerische Allodialerbe enthielt.⁶⁸ Stutterheim schrieb am 20. Januar an Zinzendorf, dass Preußen und Österreich über die Zukunft des bayerischen Erbes entscheiden würden: *ces deux cours paraissent seules en état et en position pouvoir donner le ton à l'affaire*. Die Konvention vom 3. Januar hatte den Dresdner Hof endgültig davon überzeugt, dass er beim grundlegenden Widerspruch pfälzisch-sächsischer Interessen, Unterstützung bei der Durchsetzung seiner Ansprüche auf das Allodialerbe nur in Berlin suchen könnte. Der Auffassung des Leiters der sächsischen Außenpolitik zufolge sollte der Ausgangspunkt für die Gespräche mit Friedrich II. die am 16. Januar begonnene Besetzung der bayerischen Ländereien

mäßig zum Umfang der preußischen Hilfe befragt; Alvensleben an Friedrich II., Dresden, 19. Januar 1778, GStA Berlin, Rep 96, 65 E, Bl. 38.

⁶⁴ Friedrich II. an Goltz, Berlin, 12. Januar 1778, VOLZ, Politische Correspondenz (wie Anm. 57), Bd. 40, S. 28.

⁶⁵ *Lettre ostensible* Stutterheims an Zinzendorf, Dresden, 13. Januar 1778, HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 02652/05, Bl. 96-98.

⁶⁶ Stutterheim an Zinzendorf, Dresden, 13. Januar 1778, ebd., Bl. 99-100.

⁶⁷ Friedrich II. an Alvensleben, Berlin, 13., 16. Januar 1778, VOLZ, Politische Correspondenz (wie Anm. 57), Bd. 40, S. 32, 37 f.

⁶⁸ Stutterheim an Zinzendorf, Dresden, 17. Januar 1778, HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 02652/05, Bl. 151; Résumé der Gerechtsame auf die Allodialsukzession, ebd., Bl. 152-176.

durch die k. und k. Truppen sein, die eine Gefahr für die Sicherheit und den Frieden im Reich war.⁶⁹ Obwohl die Nachricht, dass der preußische König die Herrschaft Karl Theodors in Bayern anerkannte, am Dresdner Hof eine gewisse Unruhe hervorrief, vertrat Stutterheim den Standpunkt, dass sich das Kurfürstentum weiterhin an Berlin orientieren sollte.⁷⁰

Wie bereits oben festgestellt wurde, hegte der preußische König die Hoffnung, dass der Kurfürst von der Pfalz am Berliner Hof Hilfe suchen oder der Herzog von Zweibrücken möglicherweise einen offiziellen Protest gegen die Politik seines Verwandten und die österreichischen Machenschaften einlegen würde. Der nach München entsandte Johann Eustach von Goertz sollte beide Herzöge für die preußische Frage gewinnen.⁷¹ In den letzten Januartagen ließ sich noch nicht vorhersehen, ob man überhaupt einen der beiden Wittelsbacher, Karl Theodor beziehungsweise Karl II. August, auf die preußische Seite ziehen könnte. Karl II. August schien an dem Beitritt zur Konvention vom 3. Januar 1778 ernsthaft interessiert zu sein, entschloss sich letztendlich aber Mitte Februar, ins preußische Lager überzugehen.⁷²

Der Einmarsch der k. und k. Truppen in Bayern beschleunigte die preußischen Vorbereitungen für eine Auseinandersetzung mit dem Kaiserhof.⁷³ In den letzten Januartagen des Jahres 1778 wurde an der Spree immer noch auf die Teilnahme des Versailler Hofes an der antiösterreichischen Koalition gehofft. Friedrich II. nahm an, dass der vom sächsischen Kurfürsten, dessen Rechte auf das bayerische Alodialerbe von der Wiener Hofburg verletzt wurden, zur Hilfe gerufene Ludwig XVI. sich als Garant des Westfälischen Friedens im bayerischen Erbfolgestreit engagieren würde.⁷⁴ Friedrich hatte die Absicht, die endgültige Auseinandersetzung mit der Wiener Hofburg hinauszuschieben, da er den Sachsen nicht traute und nicht wusste, wie der Versailler Hof auf das preußische Angebot eines gemeinsamen Vorgehens antworten beziehungsweise wie sich andere potenzielle

⁶⁹ Stutterheim an Zinzendorf, Dresden, 20. Januar 1778, ebd., Bl. 201-202, Zitat: Bl. 201.

⁷⁰ *C'est la boussole d'après laquelle nous devons nous régler*; Stutterheim an Zinzendorf, Dresden, 21. Januar 1778, HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 02652/06, Bl. 11v.

⁷¹ UNZER, Hertzbergs Anteil (wie Anm. 4), S. 7; DERS., Der Herzog von Zweibrücken (wie Anm. 4), S. 401-414; KOSER, Geschichte Friedrichs des Großen (wie Anm. 58), Bd. 3, S. 391-392.

⁷² ARNETH, Maria Theresia (wie Anm. 28), Bd. 4, S. 341 f.; UNZER, Herzog von Zweibrücken (wie Anm. 4), S. 435-437; HERTA MITTELBERGER, Johann Christian Freiherr von Hofenfels, München 1934, S. 16-21. Ein sichtbares Zeichen für die Annäherung Karl Augusts II. an Preußen war ein formeller Protest gegen die Handlungen des österreichischen Hofes in Bayern, der am 16. März 1778 dem Reichstag vorgelegt wurde; Vollständige Sammlung (wie Anm. 17), Bd. 1, S. 76-78. Ähnliche Erklärungen wurden in Regensburg vom preußischen Gesandten und (auf Antrag des Berliner Hofes) auch vom sächsischen Diplomaten abgegeben; ebd., S. 81-84, 79 f.

⁷³ Friedrich II. an Finckenstein, Potsdam, 26. Januar 1778, VOLZ, Politische Correspondenz (wie Anm. 57), Bd. 40, S. 58.

⁷⁴ VOLZ, Friedrich der Große (wie Anm. 58), S. 279.

Verbündete verhalten würden.⁷⁵ Zu diesem Zweck sollte Prinz Heinrich anscheinend heimlich, ohne Wissen des preußischen Königs, Gespräche mit dem österreichischen Gesandten an der Spree, Ludwig Graf von Cobenzl, führen.⁷⁶

Währenddessen wollte Friedrich persönlich Dresdens Ehrlichkeit überprüfen. Am 26. Januar verlangte Finckenstein, dass dem preußischen Hof detaillierte Informationen über Zehmens Münchener Mission, den Stand der Verhandlungen zwischen Friedrich August III. und dem Kurfürsten von der Pfalz sowie die vom Dresdner Hof nach dem Tod Max Josephs ergriffenen Maßnahmen übergeben werden.⁷⁷ Eine ausführliche Antwort kam erst am 4. Februar, als sich der Berliner Hof bereits mit der sächsischen Frage beschäftigt hatte.⁷⁸ Schon am 27. Januar hatte sich der König mit den Kabinettsministern besprochen. Hertzberg schlug dabei vor, auf die Vermittlung der Wittelsbacher zu verzichten, da Karl Theodor ein zu schwacher Herrscher war, um als Unterstützung für eine antikaiserliche Bewegung im Reich infrage zu kommen. Gewisse Rechtstitel auf ein Eingreifen könnte wiederum der sächsische Kurfürst bieten, der selbst preußische Unterstützung begehrte. Der Minister schlug vor, ein formelles Übereinkommen mit dem südlichen Nachbarn zu schließen, das das Versprechen enthielt, dass Friedrich August Unterstützung bei seinen Ansprüchen auf das bayerische Erbe erhalte und sich als Gegenleistung dazu verpflichte, mit dem Berliner Hof zusammenzuwirken, die Führung der Armee an Berlin zu übergeben und im Falle eines Krieges, dem preußischen Militär einen unbegrenzten Zugang zum sächsischen Territorium zu gewährleisten.⁷⁹ Auch Finckenstein befürwortete die Zusammenarbeit mit Sachsen: *Pour la tranquilliser et pour empêcher qu'elle ne se laisse entraîner par la cour de Vienne dans un accommodement, qui ne permettrait plus de faire usage de sa réclamation*⁸⁰. Diese Idee missfiel dem König anfänglich. Er hegte nämlich den Verdacht, dass der sächsische Kurfürst dem Kaiser immer noch näherstünde als ihm.⁸¹ Zusätzliche Konsultationen unter Teilnahme des Prinzen Heinrich, der bereits früher die Möglichkeit erwogen hatte, die sächsischen Ansprüche zu unterstützen, stimmten Friedrich um.⁸² Am 29. Januar legte Hertzberg dem König den Entwurf einer Note für die sächsische Gesandtschaft vor, die zwei Tage später

⁷⁵ UNZER, Hertzbergs Anteil (wie Anm. 4), S. 9.

⁷⁶ VOLZ, Friedrich der Große (wie Anm. 58), S. 287 f., 300; JERZY MICHALSKI, Polska wobec wojny o sukcesję bawarską, Wrocław 1964, S. 8 f. betonte zu Recht, dass diese Gespräche von Prinz Heinrich mit dem Wissen und der Zustimmung des Königs geführt wurden.

⁷⁷ Zinzendorf an Stutterheim, Berlin, 26. Januar 1778, HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 03398/04, Bl. 37.

⁷⁸ Stutterheim an Zinzendorf, Dresden, 31. Januar, 1. Februar 1778, HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 02652/06, Bl. 133-135, 169-169^v.

⁷⁹ UNZER, Hertzbergs Anteil (wie Anm. 4), S. 9.

⁸⁰ Finckenstein an Friedrich II., 27. Januar 1778, VOLZ, Politische Correspondenz (wie Anm. 57), Bd. 40, S. 98 f.

⁸¹ Friedrich II. an Alvensleben, Potsdam, 26. Januar 1778, ebd., S. 57; Vermerk Hertzbergs aus dem Gespräch mit Friedrich II., 28. Januar 1778, ebd., S. 66.

⁸² UNZER, Hertzbergs Anteil (wie Anm. 4), S. 10.

Zinzendorf überreicht wurde. Friedrich bot dem südlichen Nachbarn darin Unterstützung bei dessen Ansprüchen auf das bayerische Allodialerbe an und verpflichtete sich, die Angelegenheit zu einem für Friedrich August günstigen Abschluss zu bringen. Als Gegenleistung erwartete er, dass der Kurfürst auf eine selbstständige Außenpolitik verzichten und bei allen diplomatischen Plänen und Vorhaben den Berliner Hof konsultieren würde.⁸³ Friedrich II. hätte damit die Kontrolle über alle Maßnahmen des sächsischen Hofes auf der deutschen und europäischen politischen Bühne übernommen und Friedrich August III. wäre zum Bittsteller des preußischen Königs geworden.

VI. Die Dresdner Dilemmata

Um die Monatswende Januar/Februar 1778 erlangten die sächsischen Staatsmänner eine tiefere Einsicht in die Lage. In Dresden waren eingetroffen: eine Antwort vom Kurfürsten von der Pfalz auf die sächsischen Noten vom 16. November 1777 und vom 10. Januar 1778, eine Replik des bayerischen Hofes auf das Schreiben Zehmens vom 20. Januar, eine Denkschrift Colloredos auf das in der Reichskanzlei am 10. Januar eingereichte Schreiben sowie die oben genannte preußische Note, die am 31. Januar Zinzendorf erreicht hatte. Keines von diesen Schreiben verhielt den Erfolg der sächsischen Ansprüche. In Dresden waren zu diesem Zeitpunkt intensive Beratungen im Gange, der Zugang zu den wichtigsten Informationen war auf einen sehr engen Kreis beschränkt. Die am Dresdner Hof residierenden Diplomaten waren nicht im Stande, den weiteren Verlauf der Ereignisse vorherzusehen.⁸⁴

a) Die Antworten auf die österreichischen Noten

Nach Konsultationen mit Kaunitz traf Colloredo die Entscheidung, dass der Kaiser in seiner Eigenschaft als höchster Lehnsherr und oberster Richter des Reiches auf die sächsischen Allodialansprüche Bezug nehmen sollte. Es ging ihm darum, den Eindruck zu erwecken, der Kaiser wäre neutral (d. h. keiner Konfliktpartei angehörig) und nicht direkt an der bayerischen Allodialerbfolge beteiligt.⁸⁵ Die Note, die der sächsischen Gesandtschaft am 26. Januar ausgehändigt wurde, kündigte rechtliche Hilfe des Kaisers für den sächsischen Kurfürsten sowie die Unter-

⁸³ Finckenstein und Hertzberg an Zinzendorf, Berlin, 31. Januar 1778, HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 02652/06, Bl. 167-168; Zinzendorf an Stutterheim, Berlin, 31. Januar 1778, ebd., Loc. 03398/04, Bl. 50-50^v; UNZER, Hertzbergs Anteil (wie Anm. 4), S. 10.

⁸⁴ Knebel an Kaunitz, Dresden, 30. Januar 1778, HHStA Wien, SK, Sachsen 21.

⁸⁵ Colloredo an Joseph II., Wien, 28. Januar 1778, HHStA Wien, Reichskanzlei, Vorträge 8a, Bl. 57-58.

stützung seiner Interessen an. In der Note wurde mitgeteilt, dass alle Herrscher, die berechnete Ansprüche auf das Allodialerbe geltend gemacht hatten, also unter anderem Maria Theresia, gleichbehandelt würden.⁸⁶

Auf die österreichische Unterstützung konnte der Kurfürst, was die sächsischen Staatsmänner seit langem wussten, nicht zählen. Sie waren sich jedoch dessen bewusst, dass der Erfolg der bayerischen Pläne des Dresdner Hofes in hohem Maße von der Einstellung des Kaiserhofes abhängig war, der im Süden des Reiches über reale Macht verfügte. Die sächsischen Diplomaten supponierten, dass die Einstellung der Wiener Hofburg zu den sächsischen Ansprüchen nur durch deren Anerkennung seitens der europäischen Großmächte sowie die von ihnen ergriffenen Maßnahmen zum Schutz der kurfürstlichen Rechte beeinflusst werden konnte. Hoym und Pezold ließen die Frage offen, ob es dem Kurfürstentum gelingen würde, einen solchen Verbündeten zu gewinnen.⁸⁷

Nach Stutterheims Auffassung trugen die Denkschriften von Kaunitz vom 20. Januar und von Colloredo vom 26. Januar nicht allzu viel zur Sache bei, auch konnten sie die politische Vorgehensweise des Dresdner Hofes nicht ändern. Der Minister sah die Rückforderungsansprüche des Hauses Habsburg auf das bayerische Allodialerbe als unbegründet an, was er an der Wiener Hofburg offen zum Ausdruck zu bringen beabsichtigte.⁸⁸ Die Ansprüche, die auf die bis ans Ende des 16. Jahrhunderts zurückreichenden Verbindungen der Habsburger und Wittelsbacher zurückgeführt wurden, wurden in einer von der sächsischen Gesandtschaft in der Staatskanzlei am 8. Februar 1778 eingereichten Note zurückgewiesen.⁸⁹ Stutterheim überging dabei die Note des Reichsvizekanzlers mit Schweigen, da er sich zum Vorschlag der eventuellen Rechtshilfe des Kaisers nicht äußern wollte. In einer für die an der Donau residierenden Diplomaten vorbereiteten Antwort betrieb man sich daher nicht auf die Note, sondern auf die sächsische Denkschrift vom 10. Januar und erweckte damit den Eindruck, dass der Dresdner Hof angeblich keine Antwort auf die Note bekommen habe. Man beschränkte sich auf einen Protest gegen den Einmarsch der k. und k. Truppen in Bayern sowie gegen die Inbesitznahme der vom Kaiserhof präbendierten Gebiete, die jeglicher Rechtsgrundlage entbehrte.⁹⁰

⁸⁶ Note Colloredos an Hoym und Pezold, Wien, 26. Januar 1778, Rechtsbegründete Ansprüche (wie Anm. 12), Beilagen, S. 89 f. Riedesel, dem die sächsischen Diplomaten die Denkschrift Colloredos vorgelegt hatten, hielt dies für ein hervorragendes Beispiel für die konsequent umgesetzte zynische Politik der Wiener Hofburg, Riedesel an Friedrich II., Wien, 28. Januar 1778, GStA Berlin, I. HA, Rep. 96, Nr. 48 G.

⁸⁷ Hoym und Pezold an Stutterheim, Wien, 28. Januar 1778, HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 02652/06, Bl. 153.

⁸⁸ Stutterheim an Hoym und Pezold, Dresden, 2. Februar 1778, HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 00735/03, Bl. 79-79^v. Knebel schrieb an Kaunitz über die Unzufriedenheit und Enttäuschung des sächsischen Hofes über die österreichischen Denkschriften; Dresden, 9. Februar 1778, HHStA Wien, SK, Sachsen 21.

⁸⁹ Note Hoym und Pezolds an Kaunitz, Wien, 8. Februar 1778, Rechtsbegründete Ansprüche (wie Anm. 12), Beilagen, S. 84 f.

⁹⁰ Ebd., S. 88 f.

b) Ministerkonferenz vom 3. Februar 1778

Am 3. Februar 1778, unmittelbar nach dem Eintreffen der Korrespondenz aus Berlin, versammelten sich die Mitglieder des Geheimen Konsiliums und des Geheimen Kabinetts zu einer gemeinsamen Sitzung. Erörtert wurde eine Angelegenheit, die für das Kurfürstentum eine Schlüsselstellung hatte: Sollte der Dresdner Hof auf seine Ansprüche auf das bayerische Allodium verzichten? Die Öffentlichkeit könnte dann in Friedrich August einen um die deutsche Libertät besorgten Herrscher sehen, der die Sicherheit des Reiches und den Respekt für dessen politisches System über die eigenen Rechte stellt. Diese Idee wurde jedoch während der Besprechung abgelehnt. Es wurde stattdessen die Ansicht vertreten, dass der Dresdner Hof auf seine Rechte auf das bayerische Allodium, wenn auch im begrenzten Maße, pochen und sich somit den territorialen Ambitionen des Kaiserhofes entgegenstellen sollte.⁹¹

Und noch eine weitere Frage wurde erörtert: Sollte der Kurfürst selbstständig für seine Rechte kämpfen oder sich um die Unterstützung eines anderen deutschen Reichstandes oder europäischen Staates bemühen? Das Protokoll der gemeinsamen Sitzung des Geheimen Kabinetts und des Geheimen Rates bietet leider keine Stellungnahmen der einzelnen Minister zur behandelten Frage, es informiert lediglich über die Schlussfolgerungen. Es scheint, dass es nicht nötig war, die sächsischen Staatsmänner von der Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit dem Berliner Hof zu überzeugen, die angeführten Argumente sollten wohl eher dazu dienen, den Kurfürsten für diese Idee zu gewinnen.⁹² Den Ministern war bewusst, dass Hilfe von außen nötig sei, umso mehr, als sich zwischen Joseph II. und Karl Theodor bereits ein Übereinkommen anbahnte, dessen Zustandekommen, wie befürchtet wurde, die sächsischen Ansprüche beträchtlich einschränken würde.⁹³

Schließlich wurde auch die Grundsatzfrage gestellt, an welchem der europäischen Höfe man Hilfe suchen sollte? Indem die Minister die geografische Lage des Kurfürstentums zwischen zwei deutschen Großmächten sowie das Interesse verschiedener europäischer Staaten an der bayerischen Frage berücksichtigten, kamen sie zu dem Schluss, dass nur Preußen und Frankreich in Betracht kamen. Da man sich wiederum die traditionellen Bindungen des Versailler Hofes und der rheinischen Wittelsbacher sowie das französisch-österreichische Bündnis vor Augen führte, blieb dem sächsischen Kurfürsten nur Preußen übrig. Die diplomatische

⁹¹ Protokoll einer gemeinsamen Sitzung des Geheimen Konsiliums und des Geheimen Kabinetts, Dresden, 3. Februar 1778, HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 02652/06, Bl. 200-200^v.

⁹² Der österreichische Diplomat berichtete nach Wien, dass die wichtigste Frage in Dresden lautete, *ob sie kaiserlich oder preußisch sein sollen*. Er merkte auch an, dass der Kurfürst den preußischen Stellvertreter bevorzugt habe; Knebel an Kaunitz, Dresden, 6. Februar 1778, HHStA Wien, SK, Sachsen 21.

⁹³ Protokoll einer gemeinsamen Sitzung des Geheimen Konsiliums und des Geheimen Kabinetts, Dresden, 3. Februar 1778, HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 02652/06, Bl. 199-200.

Intervention Friedrichs II. in der Schönburgischen Frage im Frühling 1777, welche die militärische Offensive des Kaiserhofes auf dem kursächsischen Territorium (den sogenannten Glauchauer Krieg) beendete und – wie bereits oben angeführt – verhinderte, dass sich der sächsisch-österreichische Konflikt weiter verschärfte, erlaubte es, auch in der bayerischen Erbfolgefrage auf preußische Hilfe zu hoffen. Preußen war in der Auffassung der sächsischen Staatsmänner stark genug, es erfreute sich im Reich einer großen Autorität und stand nicht im Konflikt mit der bayerischen Partei. Es wurde angenommen, dass der Berliner Hof im Stande wäre, die sächsischen Ansprüche selbstständig durchzusetzen beziehungsweise den Petersburger Hof zu einer Parteinahme für den Dresdner Hof zu bewegen. Man vermutete, dass auch der Versailler Hof die Ansprüche des sächsischen Kurfürsten mit größerem Wohlwollen betrachten würde, wenn sich die russische Kaiserin auf dessen Seite stellte.⁹⁴

Die Erwägungen der sächsischen Minister enthüllten die Schwäche des Kurfürstentums. Indem sie Friedrich August empfahlen, die preußischen Bedingungen der Zusammenarbeit anzunehmen, die in der Zinzendorf am 31. Januar überreichten Note dargelegt wurden, sich also mit dem Verzicht auf eine eigene Reichs- und Außenpolitik abzufinden, stellten sie fest: *wenn ja alles auf das schlimmste zu nehmen sei, man dennoch in keine üblere Lage zurückfallen könne, als worinnen man jetzt sei, da man ohne preußische Unterstützung [...] ohnehin sich wenig oder nichts versprechen kann.*⁹⁵ Die Minister, die mit dieser dramatischen Diagnose deutlich auf die Schwäche und Machtlosigkeit des Staates hinwiesen, sahen keinen anderen Ausweg aus der Situation. Vor einem Bündnis mit dem Berliner Hof schreckte die Minister nicht einmal der Gedanke ab, dass Friedrich II. eine Gegenleistung dafür erwarten würde, dass er Sachsen bei der bayerischen Angelegenheit Hilfe leistete. Da man nicht stark genug war, die Ansprüche selbstständig durchzusetzen, entschied man sich für eine Annäherung an den Berliner Hof, wobei man sich dessen bewusst war, dass ein Bündnis mit dem nördlichen Nachbarn aus dem Kurfürstentum ein preußisches Protektorat machen würde und der Preis, den Sachsen für die Zusammenarbeit würde bezahlen müssen, schwer zu ermessen wäre.⁹⁶

⁹⁴ *Macht und Ansehen habe Preußen genug, teils für sich, teils wegen seiner Verbindungen mit Russland und vielleicht künftig mit Frankreich, um von seinen Vorstellungen oder Teilnehmung den mehrsten Eindruck und Nutzen zu erwarten. Seine Lage setze es in den Stand, sofort eine Sprache zu führen, die Aufmerksamkeit erregen würde. Von politischen Considerationen geleitet, habe es zwar kein eigenes Interesse bei der bayerischen Sukzession anzuführen. Es werde ihm aber nicht schwer werden, einen Vorwand dazu irgendwo zu finden und dennoch nach seinen Absichten zu agieren; ebd., Bl. 200^v-201^v, Zitat: Bl. 200^v.*

⁹⁵ Ebd., Bl. 203.

⁹⁶ Ebd., Bl. 203-203^v.

c) Sächsische Pläne gegenüber der Kurpfalz

Auf der Konferenz vom 3. Februar 1778 wurden auch die geplanten Maßnahmen gegenüber dem Kurfürsten von der Pfalz erörtert. Letzterer erklärte in einer Note vom 26. Januar seine Bereitschaft, ein Übereinkommen zu schließen, allerdings nur in einem von den Hausverträgen der Wittelsbacher umrissenen Rahmen. Dies bedeutete nicht nur die Zurückweisung der sächsischen Ansprüche auf das bayerische Territorium, sondern auch auf die Mehrheit der Mobilien. Die kurpfälzischen Minister informierten zudem über die in den nächsten Tagen geplante Eröffnung des Testaments von Max Joseph.⁹⁷ Riaucour zweifelte nicht daran, dass es keine für das Haus der Wettiner günstigen Bestimmungen enthalten würde.⁹⁸ Die Absicht, den letzten Willen des verstorbenen Kurfürsten kennenzulernen, wurde auch in der am 25. Januar Zehmen übergebenen Note bekräftigt. Gleichzeitig versuchten die bayerischen Minister, indem sie erörterten, ob der Verzicht Maria Antonias auf ihr Anrecht auf das Allodialerbe zugunsten ihres Sohnes legal war, die Rechtstitel des sächsischen Kurfürsten infrage zu stellen. Zudem wurde erwartet, dass der sächsische Hof einen neuen Kommissar nach München entsendet, der mit Vollmachten ausgestattet ist, mit dem Kurfürsten von der Pfalz zu verhandeln.⁹⁹ Zehmen warnte davor, dass sowohl die Vertreter des Münchener Hofes als auch Karl Theodors engste Berater alles daransetzen würden, um den Beginn der Gespräche mit dem Dresdner Hof hinauszuzögern. Der Kommissar hegte den Verdacht, dass sich in der Konvention vom 3. Januar Bestimmungen befänden, die gegen den Dresdner Hof gerichtet waren. Er wusste, dass die Chancen auf einen für den sächsischen Kurfürsten erfolgreichen Abschluss eher schlecht stünden, wenn das tatsächlich der Fall wäre.¹⁰⁰ Laut Auffassung des sächsischen Kommissars resultierte die Verzögerung der Eröffnung und der Veröffentlichung des Testaments Max Josephs aus einem zwischen dem Kurfürsten von der Pfalz und dem Kaiser geschlossenen Übereinkommen, das wahrscheinlich in vielen Punkten den Bestimmungen des Testaments entgegenstand.¹⁰¹ In Dresden

⁹⁷ Note Franz Albert von Oberndorffs, des kurpfälzischen Ministers, an Riaucour, Mannheim, 26. Januar 1778, HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 02652/06, Bl. 144-146; vgl. den Brief Karl Theodors an Friedrich August III., München, 5. Januar 1778, ebd., Bl. 137-137^v, in dem der Kurfürst von der Pfalz berichtete, dass er alle bayerischen Gebiete in Besitz genommen hat. Der letzte Brief wurde erst am 19. Januar nach Dresden geschickt, samt einem Schreiben, das die Übernahme der bayerischen Kurstimme durch Karl Theodor notifizierte, München, 19. Januar 1778, ebd., Bl. 137-137^v.

⁹⁸ Riaucour an Stutterheim, Mannheim, 27. Januar 1778, ebd., Bl. 140-143^v.

⁹⁹ Note Johann Georg Nemmers, des bayerischen Geheimen Sekretärs und Geheimen Rates, an Zehmen, München, 25. Januar 1778, ebd., Bl. 197-198^v.

¹⁰⁰ *Sollte diese meine Besorgnis begründet sein, so wird es sehr schwer fallen, auf eine andere Art, als durch eine langdauernde Negotiation, die kurfürstliche Allodialgerechtsame zu retten und folgsam der kurpfälzische Hof seine Absicht erreichen*; Zehmen an Stutterheim, München, 29. Januar 1778, ebd., Bl. 193^v.

¹⁰¹ Ebd.

hatte man nicht die Absicht, auf die Zehmen überreichte Note zu antworten. Noch Ende Januar, was am 3. Februar von der Ministerkonferenz mit Wohlwollen begrüßt wurde, wurde der Kommissar verpflichtet, einen weiteren Versuch zu unternehmen, das sächsische Siegel am bayerischen Archiv und an der Schatzkammer anzubringen. Sollte der Versuch misslingen, sollte er einen offiziellen Protest gegen das Vorgehen des bayerischen Ministers einlegen, das gegen die Interessen des sächsischen Kurfürsten gerichtet war. Am 9. Februar reichte Zehmen eine Protestationsnote in München ein und verließ die bayerische Hauptstadt.¹⁰²

Obwohl man an der Elbe nicht mit einem Entgegenkommen seitens des Kurfürsten von der Pfalz rechnete, beschloss man, die Frage der sächsischen Ansprüche erneut bei Karl Theodor zu reklamieren. In Übereinstimmung mit dem Vorschlag Viereggs wurde Riaucour dazu autorisiert, die Denkschrift vorzulegen. In der am 21. Februar 1778 eingereichten Note erklärte er im Namen seines Hofes, dass der sächsische Kurfürst die Hausverträge, kraft derer Karl Theodor das Erbe Max Josephs in Besitz nahm, für rechtswidrig halte. Die Erbfolge des Kurfürsten von der Pfalz sollte sich stattdessen auf allgemeine Prinzipien des deutschen Rechts stützen, darunter das Lehensrecht, und nicht auf partikuläre Verträge zwischen Vertretern längst geteilter Dynastien. Des Weiteren wurde an Karl Theodor appelliert, er möchte aus dem Erbe Max Josephs die Friedrich August als einzigem Erben gehörende Allodialmasse ausgliedern. Schließlich wurde in der Note mitgeteilt: Der Dresdner Hof könne die Inbesitznahme von Gebieten und Objekten durch den Kurfürsten von der Pfalz, auf die der sächsische Kurfürst Anspruch erhob, nicht anerkennen. Gleichzeitig wurde angekündigt, dass die sächsische Partei das Testament Max Josephs nicht werde anerkennen können, wenn es Vermächtnisse enthalten sollte, die gegen die Allodialerben gerichtet wären.¹⁰³ Es scheint, dass die Entscheidung über die Fortsetzung des inhaltslosen Austauschs weiterer Denkschriften aus der Überzeugung resultierte, sie könnten sich während künftiger Verhandlungen als brauchbar erweisen und als Beweismaterial fungieren, das die Böswilligkeit des Kurfürsten von der Pfalz bestätigte. Die von den sächsischen Diplomaten vorgelegten Schreiben konnten den Lauf der Dinge nicht verändern, sie waren aber ein weiteres Beispiel für das Erinnern an die sächsischen Rechte, deren Durchsetzung erst die Unterstützung der Großmächte herbeiführen könnte.

¹⁰² Stutterheim an Zehmen, Dresden, 30. Januar 1778, HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 02658/01, Bl. 48-52. Der sächsische Kommissar reichte mit Blick auf ein erneutes Scheitern am 9. Februar eine neue Protestationsnote ein; München, 9. Februar 1778, Rechtsbegründete Ansprüche (wie Anm. 12), Beilagen, S. 73-77. Vgl. Zehmen an Stutterheim, München, 1., 2., 8. Februar 1778, HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 02658/01, Bl. 46-47^v, 58-59^v, 60-61.

¹⁰³ Protokoll einer gemeinsamen Sitzung des Geheimen Konsiliums und des Geheimen Kabinetts, Dresden, 3. Februar 1778, HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 02652/06, Bl. 205^v-206; Stutterheim an Riaucour, Dresden, 16. Februar 1778, HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 02952/07, Bl. 93-94^v; Note Riaucours an Viereggs, München, 21. Februar 1778, ebd., Loc. 02652/06, Bl. 209-210^v.

d) Hoffnungen auf die französische Unterstützung

Wie bereits erwähnt, wurden in Dresden gewisse Hoffnungen auf die Durchsetzung der Ansprüche Friedrich Augusts III. auf die bayerische Allodialmasse an die französische Unterstützung geknüpft. Dieses Kalkül stützte sich auf die Annahme, dass Versailles, trotz des Bündnisses der Bourbonen mit den Habsburgern, einer wesentlichen Festigung der Machtposition des Kaisers im Reich nicht gleichgültig gegenüberstehen würde. Der französische Hof hatte tatsächlich nicht die Absicht, die Erfolge der Wiener Hofburg passiv hinzunehmen. Es konnte jedoch nicht damit gerechnet werden, dass das gegen die Annexionspläne der Wiener Hofburg gerichtete Vorgehen, Sachsen zugutekäme. In Versailles dachte man in erster Linie an die rheinischen Wittelsbacher, die in einer viel engeren Beziehung zum Haus Bourbon standen. Es ist auch daran zu erinnern, dass Charles Gravier de Vergennes, der französische Außenminister, die Frage der sächsischen Ansprüche für ein völlig zweitrangiges Problem hielt und vom Standpunkt der Grundprinzipien der französischen Außenpolitik aus als nicht allzu wichtig betrachtete. Obwohl sich Vergennes dem sächsischen „chargé d’affaires“ in Paris, Jean Baptiste Rivière, gegenüber so freundlich äußerte, dass dieser den Eindruck gewann, der Versailler Hof werde die Interessen des sächsischen Kurfürsten fördern, beabsichtigte der französische Hof, sich an der bayerischen Erbfolgefrage nicht vorzeitig zu beteiligen.

Die Bilanz der vom Dresdner Hof unternommenen Maßnahmen war miserabel. Letztere beschränkten sich lediglich darauf, Noten mit dem Kaiser und dem Kurfürsten von der Pfalz auszutauschen, Informationen über die Pläne und Projekte anderer Herrscher, die am Erbe Max Josephs interessiert waren, zu sammeln und auf die Entscheidungen der Großmächte zu warten. In den ersten Wochen nach dem Tod des bayerischen Kurfürsten zeigte sich, dass Friedrich August nur auf preußische Hilfe zählen konnte. Die Informationen über die Ordnung der bayerischen Erbfolge, die den sächsischen Ministern vorlagen, sowie die strategische Lage des Kurfürstentums zwischen den beiden deutschen Großmächten konnten sich für Friedrich August als entscheidend erweisen. Hervorzuheben bleibt, dass der ehemalige sächsische Kabinettsminister und Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten Karl Johann von der Osten-Sacken, der über die bayerische Angelegenheit sehr gut informiert war, seit Mitte 1777 die Position des Oberkammerherrn am Berliner Hof bekleidete und somit Einfluss auf die politischen Ausrichtungen Friedrichs II. nehmen konnte.

VII. Die sächsischen Forderungen in Wien

Es deutete Anfang Februar 1778 nichts darauf hin, dass sich die sächsische Position in Wien grundlegend verbessern könnte. Der preußische Gesandte berichtete nach Berlin, dass er keine Hoffnung auf eine gütliche Lösung der Ansprüche des

sächsischen Kurfürsten hege.¹⁰⁴ Noch bevor die Antworten auf die in der Staats- und Reichskanzlei am 8. Februar 1778 abgegebenen Noten ausgefertigt wurden, schrieb auch Hoym über eine mangelnde Aussicht auf eine Einigung nach Dresden. Kaunitz vermied Gespräche mit den sächsischen Diplomaten, andere Minister äußerten sich ebenfalls nicht zu diesem Thema.¹⁰⁵ Nach Ansicht von Pezold lag dies an der Annahme, dass Sachsen einen Bündnisvertrag mit Preußen abgeschlossen habe.¹⁰⁶ Doch hier hatte sich Petzold geirrt, die sächsische Frage stellte für die Wiener Hofburg lediglich nicht das dringendste Problem dar. Viel wichtiger waren die politischen Projekte der Höfe von Versailles und Berlin, die die österreichische Diplomatie zu verfolgen versuchte, sowie die Verhandlungen mit dem Kurfürsten von der Pfalz.¹⁰⁷

Mitte Februar 1778 waren die österreichischen Repliken fertig. Kaunitz und Colloredo handelten in dieser Angelegenheit in enger Übereinstimmung. Aus der Perspektive der Wiener Hofburg war es viel besser, die Entwicklung abzuwarten, die Stellung anderer europäischer Höfe, vor allem des französischen und preußischen, zu betrachten sowie die Pläne des Herzogs von Zweibrücken kennenzulernen. Die Gespräche mit Sachsen mussten vorerst verschoben werden. In den Repliken wurden bereits bekannte Argumente verwendet.¹⁰⁸ In der Note, die der sächsischen Gesandtschaft am 14. Februar zugestellt wurde, vertrat Kaunitz die Ansicht, dass Maria Theresia die Rechte Friedrich Augusts nicht verneine, gleichzeitig aber auf ihre eigenen Ansprüche nicht verzichten könne. Implizit erklärte er, dass die Anerkennung der Rückforderungsansprüche Maria Theresias auf das Allodialerbe ein Ausgangspunkt für weitere Diskussionen darstellen solle. Der Staatskanzler erläuterte, dass das k. und k. Militär nur solche Gebiete besetzt habe, auf die die Wiener Hofburg unbestreitbare Rechtsansprüche gehabt hätte, und protestierte dagegen, die unternommenen Schritte als Usurpation zu bezeichnen.¹⁰⁹ Die Note der Reichskanzlei wiederholte hingegen, dass der Kaiser aufgrund seiner Befugnisse als höchster Lehnsherr und oberster Richter des Reiches am Streit nicht direkt beteiligt, aber bereit sei, Gespräche mit allen Höfen, die an

¹⁰⁴ Riedesel an Friedrich II., Wien, 7. Februar 1778, GStA Berlin, I. HA, Rep. 96, Nr. 48 G.

¹⁰⁵ Hoym an Stutterheim, Wien, 4. Februar 1778, HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 02652/06, Bl. 258-260. Hoym vermutete, dass die für Kursachsen ungünstige Reaktion des österreichischen Hofes mit der preußischen Protestationsnote, die am 7. Februar dem Staatskanzler geliefert wurde, zusammenhing. Hoym an Stutterheim, Wien, 11. Februar 1778, ebd., Loc. 02926/01, Bl. 45-47^v; Pezold an Stutterheim, Wien, 11. Februar 1778, ebd., Bl. 48-48^v.

¹⁰⁶ Pezold an Stutterheim, Wien, 11. Februar 1778, HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 02926/01, Bl. 139-139^v.

¹⁰⁷ ARNETH, Maria Theresia (wie Anm. 28), Bd. 4, S. 341 f.

¹⁰⁸ Kaunitz an Maria Theresia, Wien, 15. Februar 1778, HHStA Wien, SK, Vorträge 125, Bl. 137; Colloredo an Joseph II., Wien, 16. Februar 1778, HHStA Wien, Reichskanzlei, Vorträge 8a, Bl. 103; ARNETH, Maria Theresia (wie Anm. 28), Bd. 4, S. 341 f.

¹⁰⁹ Note Kaunitz' an Hoym und Pezold, Wien, 14. Februar 1778, Rechtsbegründete Ansprüche (wie Anm. 12), Beilagen, S. 86-88; Pezold an Stutterheim, Wien, 15. Februar 1778, HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 02652/07, Bl. 140-141.

der bayerischen Erbfolge interessiert seien, zu führen. Die Lösung des Konflikts solle nur auf der Grundlage des deutschen Lehnrechts und unter Berücksichtigung der Ansprüche aller Seiten erfolgen.¹¹⁰ Stutterheim war davon überzeugt, dass Friedrich August seitens der Wiener Hofburg weder Freundlichkeit noch Redlichkeit erwarten könne. Nach Ansicht des sächsischen Kabinettsministers offenbarte bereits der Konflikt um die Hoheitsrechte über die Schönburgischen Herrschaften die wahren politischen Prinzipien der Wiener Hofburg, die aufgrund ihrer Machtposition die Rechte der mittelgroßen und kleineren Reichsstände offen missachtete.¹¹¹

Die sächsisch-österreichischen Beziehungen waren von gegenseitigem Misstrauen geprägt. Mit wachsender Angst wurde in den Gemächern der Wiener Hofburg beobachtet, wie sich Friedrich August Berlin näherte. Schließlich waren sich die österreichischen Politiker nicht sicher, ob und zu welchen Bedingungen der sächsische Kurfürst bereits ein Abkommen mit dem preußischen König abgeschlossen hatte. Die Berichte des österreichischen Gesandten in Dresden, Franz Knebel von Katzenellenbogen, zeigten, dass Friedrich August, im Gegensatz zu seinen Ministern, die ganz dem preußischen König ergeben gewesen seien, sich noch nicht klar gewesen war, auf welcher Seite des potenziellen bewaffneten Konflikts, der nach dem Rückzug des Herzogs von Zweibrücken Karl August Mitte Februar aus dem kaiserlichen Lager immer wahrscheinlicher war, er stehen sollte.¹¹² Allerdings war man sich auch in Wien bewusst, dass Sachsen aufgrund seiner Lage zwischen zwei Großmächten nicht neutral bleiben kann. Am 26. Februar informierte Joseph II. Maria Theresia über ein Projekt, Sachsen für sich zu gewinnen.¹¹³ Wenn der Plan erfolgreich wäre, könnte Österreich die erwarteten Feindseligkeiten von Mähren und Böhmen nach Sachsen verlagern und von dort aus die militärischen Einheiten nach Schlesien führen. Gemäß dem Plan des Kaisers sollte sich das Angebot der Wiener Hofburg auf eine politische und eine militärische Säule stützen. Der Kaiser wollte dem sächsischen Kurfürsten eine Vermittlung im sächsisch-pfälzischen Streit um das Erbe Max Josephs anbieten und dabei die Option offenhalten, dass das Haus Habsburg auf die Rückforderungsansprüche auf die bayerische Allodialmasse verzichtet. Ein zusätzlicher Anreiz sollte für den Dresdner Hof die Ankündigung sein, den Rechtsstatus der in den Grenzen des Kurfürstentums gelegenen und von der böhmischen Krone abhängigen Gebiete zu regeln, sowie die Bereitschaft, die noch aus der Zeit des Siebenjährigen Krieges

¹¹⁰ Note Colloredos an Hoym und Pezold, Wien, 16. Februar 1778, Rechtsbegründete Ansprüche (wie Anm. 12), Beilagen, S. 90.

¹¹¹ Stutterheim an Hoym und Pezold, Dresden, 27. Februar 1778, HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 00735/03, Bl. 110-114.

¹¹² Knebel an Kaunitz, Dresden, 16., 20., 23. Februar 1778, HHStA Wien, SK, Sachsen 21; vgl. ARNETH, Maria Theresia (wie Anm. 28), Bd. 4, S. 341 f.

¹¹³ *Bis jetzo, was ich doch nicht vor sicher angeben kann, scheint, dass er annoch keine Entschließung noch Verbindung mit Preußen genommen hat, so sollte es sich vielleicht hoffen lassen, dass die Sachsen auf unsere Seite annoch zu lenken wären;* Joseph II. an Maria Theresia, Wien, 26. Februar 1778, HHStA, SK, Vorträge 125, Bl. 234.

fälligen österreichischen Rechnungen zu begleichen. Im militärischen Bereich wollte der Kaiser dem Kurfürsten garantieren, dass die sächsischen Truppen durch Österreich besoldet würden. Zudem sollten die sächsischen Truppen, als zusätzliche Konzession an den Dresdner Hof, auf sächsischem Territorium verbleiben. Joseph bekundete die Absicht, einem der sächsischen Prinzen – Karl, dem ehemaligen Herzog von Kurland, oder Anton, dem Bruder des Kurfürsten – den Rang eines Feldzeugmeisters in der k. und k. Armee zu verleihen.¹¹⁴ Der potenzielle Nutzen, den der Dresdner Hof erlangen könnte, war gering, wenn man in Betracht zieht, dass die Wiener Hofburg lediglich die Möglichkeit einer geringen finanziellen Entschädigung für den Kurfürsten vorsah, überdies wurde in der schönburgischen Angelegenheit nur die Absicht ihrer Regelung zum Ausdruck gebracht.

Joseph II. nahm an, eine negative Antwort auf sein Angebot müsse bedeuten, dass der Kurfürst bereits ein formelles Bündnis mit Preußen eingegangen ist. Seine Ausführungen schloss er mit der Bemerkung ab, dass es für die k. und k. Truppen viel leichter wäre, Kriegshandlungen gegen Preußen zu führen, wenn Sachsen sich im kaiserlichen Lager befände. Nach Auffassung des Kaisers wäre für Österreich ein Bündnis zwischen dem preußischen König und Kursachsen äußerst gefährlich. Eine derartige Allianz führte zu einer Umzingelung Böhmens von drei Seiten und erschwerte somit erheblich die Verteidigung der habsburgischen Erbländer.¹¹⁵ Der Kaiser schlug vor, dass Herzog Albert Kasimir von Sachsen-Teschen, der Onkel Friedrich Augusts III. und Schwiegersohn Maria Theresias, das österreichische Angebot in Dresden unterbreitet.¹¹⁶ Das Projekt wurde von Maria Theresia und den Leitern der Hofbehörden akzeptiert.

Albert Kasimir kam dem kaiserlichen Auftrag sofort nach. Schon am 26. Februar 1778 schickte er seinem Neffen einen Brief, um dessen Pläne zu erfahren. Er versicherte Friedrich August III. die Freundschaft und das Wohlwollen des Kaiserhofes sowie dessen Absicht, die Angelegenheit der sächsischen Ansprüche auf das bayerische Allodialerbe gütlich zu schlichten. Der Herzog von Sachsen-Teschen stellte überdies die Frage, ob Friedrich August hinsichtlich der bayerischen Frage nicht bereits mit einem anderen Hof ein Bündnis geschlossen habe. Hiermit war natürlich Preußen gemeint.¹¹⁷ Am 3. März wurde die Antwort des Kurfürsten nach Wien gesandt. Friedrich August III. erklärte, dass auch er ein Übereinkommen mit dem Kaiserhof wünsche, und informierte seinen Onkel, dass der sächsische Hof in dieser Sache einige Denkschriften mit der Reichskanzlei und

¹¹⁴ Ebd., Bl. 234^v-235.

¹¹⁵ *Es braucht hier nicht anzuführen, dass die Vorteile, die Sachsen auf unserer Seite zu haben, sehr groß sind, aber es ist noch viel bedenklicher der neuerliche Vorteil und Zuwachs, so dem König in Preußen daraus entstünde, und wie sehr seine Macht dadurch vergrößert, Böhmen auf dreierlei Seiten gewiss bekriegt und unsere Defensive sehr hart wurde;* ebd., Bl. 235^v.

¹¹⁶ Ebd.; vgl. ARNETH, Maria Theresia (wie Anm. 28), Bd. 4, S. 358 f.

¹¹⁷ Ebd., S. 360.

der Staatskanzlei ausgetauscht habe und es immer noch schwer sei, vorherzusehen, zu welchem Ergebnis die Verhandlungen führten. Die Frage nach einem Übereinkommen mit einem anderen Staat wurde stillschweigend übergangen.¹¹⁸ Der kaiserliche Plan, Sachsen für sein Lager zu gewinnen, endete also mit einem Misserfolg.

VIII. Der Weg zum sächsisch-preußischen Bündnis

Die Entscheidungen, die für Sachsens Zukunft eine Schlüsselstellung einnahmen, sollten in Berlin getroffen werden, der Kurfürst konnte hierbei nur auf die Entscheidungen des preußischen Königs warten. Die die Annahme des preußischen Angebots bestätigende Denkschrift wurde am 7. Februar 1778, vier Tage nach der gemeinsamen Sitzung der Kabinettsminister und der Geheimen Räte, nach Berlin gesandt.¹¹⁹ Der Kurfürst verpflichtete sich zu einer engen Zusammenarbeit mit dem Berliner Hof und versicherte, dass er ohne Wissen und Zustimmung des preußischen Königs keine Gespräche und Verhandlungen über die bayerische Frage mit anderen Höfen führen werde. Er erklärte auch, den preußischen König über alle von ihm ergriffenen Maßnahmen zu informieren und die komplette Dokumentation über die sächsischen Ansprüche nach Berlin zu senden.¹²⁰ Die Quellen bieten jedoch keine Erklärung, wieso es zu einer fast viertägigen Verzögerung gekommen ist. Berechtigt scheint die Vermutung, dass es der Kurfürst war, der die sächsische Antwort hinausschob. Angesichts der einstimmigen Empfehlung der am 3. Februar tagenden Minister lag die endgültige Entscheidung in den Händen Friedrich Augusts. Es ist nicht ausgeschlossen, dass der Kurfürst zögerte, da er ganz genau wusste, dass die Annäherung an den Berliner Hof den Bruch mit der Wiener Hofburg bedeutete.

Friedrich II. hatte vorhergesehen, dass seine Bedingungen vom sächsischen Kurfürsten angenommen würden. Der Berliner Hof gewann damit nicht nur einen formalen Vorwand, um sich in die bayerische Frage einzumischen, sondern übernahm auch die Kontrolle über die Aktivitäten seines südlichen Nachbarn. Diese Optionen sollten nicht nur im Reich, sondern bald auch außerhalb seiner Grenzen eingesetzt werden. Die Lektüre der Petersburger Depeschen ließ den König zu dem Schluss kommen, dass sich Russland intensiver an der Frage des bayerischen Erbes beteiligen sollte. Die Rechtstitel könnte der Zarin, ähnlich wie im Falle des

¹¹⁸ Friedrich August III. an Albert Casimir, Herzog von Sachsen-Teschen, Dresden, 3. März 1778, HStA Dresden, Fürstennachlass Albert, Herzog von Teschen, Nr. 3, Bl. 5-6^v.

¹¹⁹ Stutterheim an Zinzendorf, Dresden, 7. Februar 1778, HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 02652/06, Bl. 257.

¹²⁰ Note Zinzendorfs an Finckenstein und Hertzberg, Berlin, 9. Februar 1778, ebd., Bl. 207-207^v.

Berliner Hofes, der sächsische Kurfürst liefern. Nach Auffassung des Königs sollte sich der Dresdner Hof mit einem Hilfesuch an Russland wenden. Dem Brief des sächsischen Kurfürsten an die russische Kaiserin würde der preußische König einen Brief beilegen, in dem er den Petershof nicht nur auf die Interessen Dresdens, sondern auch auf die aggressive österreichische Politik aufmerksam machen und sich selbst in der Rolle des Wächters über das politische System des Reiches und die deutsche Libertät darstellen würde.¹²¹ Das russische Engagement im bayerischen Konflikt schien dem preußischen König von äußerster Bedeutung zu sein. Wichtig dabei war jedoch, dass sich nicht nur der Berliner Hof um die Unterstützung der Zarin bemühte, sondern auch eines der Länder, die direkte Ansprüche an Max Josephs Erbe erhoben hatten.¹²² Am 4. Februar stellte Finckenstein diesen Plan dem sächsischen Gesandten vor.¹²³ Kurz darauf akzeptierte Friedrich August III. den Plan und verpflichtete sich, das erwünschte Schreiben via Berlin nach Petersburg zu senden.¹²⁴

Stutterheim schickte, in Übereinstimmung mit den preußischen Forderungen aus den ersten Februartagen, die Dokumentation über die bayerische Frage nach Berlin: Auszüge aus der Korrespondenz mit sächsischen Diplomaten, die in Wien, Paris, Petersburg, London, München und Mannheim residierten, Extrakte aus Denkschriften, die mit dem Kaiserhof und dem Kurfürsten von der Pfalz ausgetauscht wurden.¹²⁵ Obwohl noch die sächsische Erklärung zu den preußischen Vorschlägen vom 31. Januar fehlte, zweifelte der König nicht daran, dass er den Kurfürsten für sich gewinne. Am 6. Februar schrieb er an Prinz Heinrich: *la Saxe s'est jeté entièrement en nos mains*.¹²⁶

Die sächsische Note, die die Annahme der preußischen Bedingungen ankündigte, wurde Friedrich II. am 8. Februar vorgelegt. Als dem König der Inhalt der Denkschrift der sächsischen Gesandtschaft wiedergegeben wurde, notierte er als Antwort nur: *sans doute*. Sachsens Zusammenarbeit mit dem Berliner Hof lag im tiefsten Interesse Friedrich Augusts.¹²⁷

¹²¹ Friedrich II. an Finckenstein, Potsdam, 3., 4., 6. Februar 1778, VOLZ, Politische Correspondenz (wie Anm. 57), Bd. 40, S. 86, 88, 92.

¹²² Friedrich II. an Finckenstein, Potsdam, 8. Februar 1778, ebd., S. 98.

¹²³ Zinzendorf an Stutterheim, Berlin, 4. Februar 1778, HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 03398/04, Bl. 60.

¹²⁴ Stutterheim an Zinzendorf, Dresden, 6. Februar 1778, HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 02652/06, Bl. 255-255v.

¹²⁵ Stutterheim an Zinzendorf, Dresden, 7. Februar 1778, ebd., Bl. 256-257v.

¹²⁶ Friedrich II. an Heinrich, Potsdam, 6. Februar 1778, VOLZ, Politische Correspondenz (wie Anm. 57), Bd. 40, S. 93.

¹²⁷ Vermerk Friedrichs II., Potsdam, 9. Februar 1778, ebd., S. 99; vgl. Friedrich II. an Heinrich, Potsdam, 16. Februar 1778, ebd., S. 138.

a) Sächsische Hoffnungen auf russische Hilfe

Die Hoffnungen auf die Unterstützung durch die russische Zarin in der bayerischen Frage fügten sich in ältere Traditionen der sächsischen Politik ein. Trotz der Abkühlung der Beziehungen in den 1760er-Jahren nahm Russland immer noch einen wichtigen Platz in den politischen Plänen des Dresdner Hofes ein. Auch aus Sicht Petersburgs blieb Kursachsen als einer der bedeutendsten Reichsstände weiterhin ein potenziell wichtiger Partner.¹²⁸ Am Dresdner Hof wurde geahnt, dass Katharina die Große danach streben würde, den Schwerpunkt der russischen Außenpolitik nach Westen zu verschieben, um ihre Einflüsse im Reich zu erweitern. Die sächsischen Hoffnungen auf russische Unterstützung basierten demnach auf der Annahme, dass der Dresdner Hof sich für die Zarin als nützlich erweisen könnte.¹²⁹

Am Petersburger Hof wurde tatsächlich die Erweiterung der politischen Präsenz Russlands im Reich geplant. Sie stützte sich auf ein Bündnis mit Preußen, das im Frühling 1777 um acht Jahre verlängert worden war.¹³⁰ Ein wichtiges Instrument waren auch die Beziehungen der hessischen und württembergischen Dynastien zur russischen Herrscherfamilie.¹³¹ An der Newa wurden auch neue Wege gesucht, Einfluss auf das politische Leben im Reich zu erlangen. Ein Ansatzpunkt sollte die russische Gesandtschaft am Reichstag sein, ein weiterer der Kurfürst von der Pfalz, mit dem Russland diplomatische Beziehungen aufnehmen wollte, um die es sich in den Jahren von 1776 bis 1777 vergeblich bemüht hatte. Am Petersburger Hof war man sich vollkommen bewusst, dass der Kurfürst von der Pfalz nach Max Josephs Tod die dritte Kraft im Reich sein würde.¹³²

Noch stand aber gar nicht fest, dass Russland die sächsischen Wünsche wohlwollend unterstützen würde. Schon bevor die Nachricht vom Tode Max Josephs Petersburg erreichte, war die Krankheit des bayerischen Kurfürsten Gegenstand lebhafter Diskussionen gewesen. Obwohl der Leiter der russischen Außenpolitik, Nikita Iwanowitsch Panin, Mitte Januar 1778 in Gesprächen mit Johann Gustav

¹²⁸ GEORGIJ ALEKSANDROWIČ NERSEŠOW, *Politika Rossii na tieszenskom kongressie*, Moskwa 1988, S. 40 f.

¹²⁹ Johann Gustav von der Osten-Sacken, der sächsische Gesandte in Petersburg, schrieb im Juni 1776, dass der russische Hof bestrebt sei, seinen Einfluss im Reich zu erhöhen, um auf der deutschen politischen Bühne einen solchen Einfluss zu gewinnen, wie ihn der Hof von Versailles bisher besessen hat; ERNST HERRMANN, *Geschichte des russischen Staates*, Bd. 6: Rußlands auswärtige Beziehungen in den Jahren 1775 bis 1792, Gotha 1860, S. 6.

¹³⁰ WOLFGANG STRIBRNY, *Die Russlandpolitik Friedrichs des Großen, 1764-1786* (Beihefte zum Jahrbuch der Albertus-Universität Königsberg 26; Der Göttinger Arbeitskreis 330), Würzburg 1966, S. 97-102.

¹³¹ MARTHA LINDEMANN, *Die Heiraten der Romanows und der deutschen Fürstenthümer im 18. und 19. Jahrhundert und ihre Bedeutung in der Bündnispolitik der Ostmächte* (Das Reich und Mitteleuropa 2), Berlin 1935, S. 42-47.

¹³² NERSEŠOW, *Politika Rossii* (wie Anm. 128), S. 41 f.

von der Osten-Sacken, dem sächsischen Gesandten an der Newa, zu verstehen gab, dass Friedrich August im Falle von Max Josephs Tod auf die Petersburger Hilfe hoffen könnte, gewann der sächsische Diplomat den Eindruck, Russland würde eher den Kurfürsten von der Pfalz unterstützen.¹³³

Vor diesem Hintergrund wurde das von Friedrich II. erwartete Schreiben des sächsischen Kurfürsten an die russische Zarin angefertigt und am 9. Februar 1778 von Friedrich August III. unterzeichnet. Er erbat sich bei Katharina der Großen diplomatische Unterstützung bei der Durchsetzung seiner Ansprüche.¹³⁴ In dem beigelegten *lettre ostensible* an den sächsischen Diplomaten in Petersburg schrieb Stutterheim, dass der Kurfürst ganz besonders auf Panins Wohlwollen hoffe. Johann Gustav von der Osten-Sacken bekam außerdem die Anweisung, eng mit dem an der Newa residierenden preußischen Gesandten zusammenzuarbeiten.¹³⁵

Friedrich II. machte keinen Hehl daraus, dass er mit dem Brief des sächsischen Kurfürsten zufrieden war.¹³⁶ Er legte ihm seinen eigenen Brief an Katharina bei, in dem er sich für den südlichen Nachbarn einsetzte. Der preußische König bat die russische Kaiserin um ihr Eingreifen, indem er die Usurpation der Wiener Hofburg beschrieb, durch die der sächsische Kurfürst das ihm rechtmäßig zufallende Erbe verliere. Das Hauptargument, das die Zarin überzeugen sollte, sich der anti-kaiserlichen Koalition im Reich anzuschließen, waren Informationen über die offensive Politik der Wiener Hofburg in Bayern: *Tout l'Empire*, schrieb der Hohenzoller an die Zarin, *crie contre l'injustice de cet act despotique*.¹³⁷

Wie bereits erwähnt, ergriff der Herzog von Zweibrücken Mitte Februar Partei für Preußen. Nach Auffassung des Königs fehlten immer noch genaue Angaben, die es ermöglichten, eine endgültige Entscheidung über den Umfang der preußischen Unterstützung für Sachsen zu treffen. Friedrich hoffte, Informationen über den materiellen Wert der sächsischen Ansprüche zu bekommen. Einer Erklärung bedurfte, ob für Friedrich August III. auch eine finanzielle Entschädigung in Betracht käme oder ob er unumstößlich an der Zuerkennung bestimmter Gebiete festhalten würde. In den ersten Märztagen schien dem der preußische Herrscher eine Schlüsselrolle beizumessen.¹³⁸ Die Lage änderte sich allerdings noch in der ersten Märzwoche. Entscheidend waren die intensiven österreichischen Kriegsvorbereitungen sowie Friedrichs Befürchtungen, dass sich Sachsen im Falle eines

¹³³ Johann Gustav von der Osten-Sacken an Stutterheim, Petersburg, 20. Januar 1778, HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 02652/06, Bl. 217.

¹³⁴ Friedrich August III. an Katharina II., Dresden, 9. Februar 1778, ebd., Bl. 264-265.

¹³⁵ Stutterheim an Johann Gustav von der Osten-Sacken, Dresden, 9. Februar 1778, ebd., Bl. 266-268v.

¹³⁶ Friedrich II. an Finckenstein, Potsdam, 12. Februar 1778, VOLZ, Politische Correspondenz (wie Anm. 57), Bd. 40, S. 120.

¹³⁷ Friedrich II. an Katharina II., Potsdam, 13. Februar 1778, ebd., S. 121.

¹³⁸ Friedrich II. an Finckenstein, Potsdam, 28. Februar, 1., 2. März 1778, ebd., S. 186, 189, 192.

bewaffneten Konflikts auf die Seite des Kaiserhofes stellen würde.¹³⁹ Zwischen dem 9. und dem 13. März wurden in Berlin angesichts der Gerüchte über die mögliche Annäherung Sachsens an die Habsburger grundlegende Entscheidungen in der sächsischen Frage getroffen. Sachsen wurde ein wichtiger Verbündeter, nicht wegen des potenziellen Nutzens, den der preußische Hof aus dem Rechtstitel des Kurfürsten auf die bayerische Allodialmasse ziehen könnte, sondern die Hauptrolle spielte Sachsens strategische Lage, die Brandenburg einerseits vor dem Angriff der k. und k. Truppen schützte, andererseits aber einen breiten Zugang zu den Gebieten der böhmischen Krone ermöglichte.

Prinz Heinrich empfahl dem König, nur dann ein Bündnis mit Sachsen zu schließen, wenn sich der Krieg gegen Österreich als unumgänglich erweisen würde. Am 8. März appellierte er an seinen Bruder, über diese Angelegenheit so schnell wie möglich Gespräche mit dem sächsischen Hof aufzunehmen. Seiner Ansicht nach konnte der Krieg jederzeit ausbrechen.¹⁴⁰ In der am nächsten Tag erteilten Antwort schrieb der König: *je ne crois pas qu'ilest encore temps de parler aux Saxons*.¹⁴¹ Schulze, der Friedrichs Brief analysierte, warf die Frage auf, ob der preußische König der Meinung war, dass es bereits zu spät für ein Bündnis sei, oder ob er damit meinte, dass man mit dem sächsischen Hof nicht verhandeln brauche, sondern ihm die Bedingungen des Übereinkommens aufzwingen sollte.¹⁴² Wahrscheinlicher scheint die zweite Möglichkeit zu sein.

Ebenfalls am 8. März legte Zinzendorf in Berlin Entwürfe von zwei sächsischen Schreiben an die Wiener Hofburg vor, die eine Antwort auf die österreichischen Noten vom 14. und 16. Februar enthielten.¹⁴³ Ein Punkt, an dem der Berliner Hof besonders interessiert schien, war der Vorschlag, in Wien unter der Schirmherrschaft des Kaisers einen Kongress der Staaten und Reichsstände einzuberufen, die Rechtstitel auf einen Anteil am bayerischen Erbe hatten. Nach der Ansicht Finckensteins und Hertzbergs zeugte das Projekt deutlich von der Schwäche des Kurfürstentums Sachsen, das wegen einer negativen Reaktion des Kaiserhofes auf die politischen Entscheidungen Friedrich Augusts verunsichert war. Der Vorschlag, einen Kongress einzuberufen, beunruhigte die Minister, denn ein solcher Lauf der Dinge schuf die Möglichkeit, ein Übereinkommen ohne die Beteiligung des Berliner Hofes zu schließen. Finckenstein und Hertzberg regten an, dass im sächsischen Vorschlag auf Frankreich und Preußen als Vermittler verwie-

¹³⁹ Friedrich II. an Finckenstein, Potsdam, 1. März 1778, ebd., S. 189; Friedrich II. an Alvensleben, Potsdam, 2. März 1778, ebd., S. 189. Vgl. UNZER, Hertzbergs Anteil (wie Anm. 4), S. 15.

¹⁴⁰ Heinrich an Friedrich II., Berlin, 8. März 1778, VOLZ, Politische Correspondenz (wie Anm. 57), Bd. 40, S. 223.

¹⁴¹ Friedrich II. an Heinrich, Potsdam, 9. März 1778, ebd., S. 224.

¹⁴² SCHULZE, Beziehungen (wie Anm. 4), S. 75.

¹⁴³ Stutterheim an Zinzendorf, Dresden, 21. Februar 1778, HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 02652/07, Bl. 175; Stutterheim an Zinzendorf, Dresden, 28. Februar 1778, ebd., Loc. 02653/02, Bl. 47-47^v mit Entwürfen der Denkschriften an die Reichskanzlei (Bl. 1-3^v) und die Staatskanzlei (Bl. 4-9).

sen werden sollte.¹⁴⁴ Friedrich II. akzeptierte das Projekt, er forderte jedoch, dass der sächsische Hof in seiner Antwort auch Russland berücksichtigte.¹⁴⁵ Am 10. März bekam Zinzendorf eine formale Antwort. Die Entscheidung, der Wiener Hofburg die Einberufung eines Kongresses vorzuschlagen, überließen die preußischen Minister dem sächsischen Kurfürsten. Sie rieten jedoch dazu, sich in der an den Leiter der österreichischen Außenpolitik adressierten Note auf die Mediation des Versailler und Berliner Hofes zu berufen.¹⁴⁶ Der vom König erwünschte Vermerk Russlands wurde übergangen. Der Leiter der sächsischen Außenpolitik richtete sich nach den Anweisungen aus Berlin und beschloss, auf die Idee eines Kongresses zu verzichten.¹⁴⁷

Am 10. März hatte Finckenstein, auf Anordnung des Königs, ein Treffen mit Karl Johann von der Osten-Sacken. Der König wollte wissen, ob die Konvention mit Sachsen sofort geschlossen werden sollte oder ob man bis zum Ausbruch des Krieges warten sollte. Die Meinung des ehemaligen Leiters der sächsischen Außenpolitik sollte für das künftige Vorgehen des Berliner Hofes eine Schlüsselrolle einnehmen.¹⁴⁸ Sackens Ansicht nach waren zwei Vereinbarungen notwendig. In erster Linie sollte eine politische Konvention unterzeichnet werden, die aus drei Hauptpunkten bestand: den Ansprüchen des sächsischen Kurfürsten auf das bayerische Allodialerbe, dem Versprechen der preußischen Hilfe sowie der Verpflichtung des Dresdner Hofes, weiterhin im Bündnis mit dem preußischen König zu verbleiben und die sächsischen Truppen unter dessen Befehl zu stellen. Die Bestimmungen des Vertrags sollten recht allgemein formuliert werden, denn andernfalls könnte Friedrich August, angesichts möglicher Konsequenzen, die

¹⁴⁴ Finckenstein und Hertzberg an Friedrich II., Berlin, 9. März 1778, VOLZ, Politische Correspondenz (wie Anm. 57), Bd. 40, S. 228 f.

¹⁴⁵ Friedrich II. an Finckenstein und Hertzberg, Potsdam, 9. März 1778, ebd., S. 229; SCHULZE, Beziehungen (wie Anm. 4), S. 75; UNZER, Hertzbergs Anteil (wie Anm. 4), S. 15.

¹⁴⁶ Note Finckensteins und Hertzbergs an Zinzendorf, Berlin, 10. März 1778, HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 02653/02, Bl. 316-316v; SCHULZE, Beziehungen (wie Anm. 4), S. 75.

¹⁴⁷ Die Antworten auf die österreichischen Noten vom 14. und 16. Februar reichten die sächsischen Diplomaten sowohl bei der Staats- als auch Reichskanzlei am 22. März ein. Es wurde erwartet, dass Kaunitz die Rechtsgrundlage für die Regredientansprüche des Habsburger Hauses darlegen würde; Note Hoym und Pezolds an Kaunitz, Wien, 22. März 1778, Rechtsbegründete Ansprüche (wie Anm. 12), Beilagen, S. 92-94. In der Note an Colloredo wurde gegen die militärische Besetzung bayerischer Gebiete protestiert und festgestellt, dass der Kaiser entgegen früherer Erklärungen des Reichsvizekanzlers am Konflikt beteiligt ist und daher nicht in der Lage sein wird, die Ansprüche vieler Höfe, die am bayerischen Erbe interessiert sind, objektiv zu beurteilen; Note Hoym und Pezolds an Colloredo, Wien, 22. März 1778, ebd. S. 91. Die Kopien der sächsischen Antworten legte Zinzendorf ebenso am 22. März in Berlin vor. Deren Inhalt wurde in Berlin mit Zufriedenheit aufgenommen. Finckenstein an Friedrich II., Berlin, 22. März 1778, VOLZ, Politische Correspondenz (wie Anm. 57), Bd. 40, S. 296; Friedrich II. an Finckenstein, Potsdam, nach 22. März 1778, ebd.

¹⁴⁸ *Je me déciderai sur son avis*, Friedrich II. an Finckenstein, Potsdam, 10. März 1778, ebd., S. 230.

Ratifizierung ablehnen. Erst als nächster Schritt könnte ein Militärvertrag unterzeichnet werden, der die Bedingungen des Zugangs des preußischen Heeres zum sächsischen Territorium, die Aufstellung der Truppen und Depots sowie die Rolle der sächsischen Soldaten detailliert beschrieb. Mit der Militärallianz sollte man es jedoch nicht so eilig haben, da Österreich sie als Vorwand auslegen könnte, Preußen und Sachsen den Krieg zu erklären.¹⁴⁹ Der preußische König, der am 12. März Sackens Ausführungen kennenlernte, schrieb: *il me samble qu'il n'ya plus de moment à perdre*.¹⁵⁰ Die Minister bereiteten in Zusammenarbeit mit Sacken den Entwurf der Konvention vor, der, nachdem er die königliche Bestätigung bekommen hatte, am 14. März 1778 durch einen Kurier an den preußischen Gesandten in Dresden, Karl Philipp von Alvensleben, verschickt wurde.¹⁵¹

Zusammen mit dem Entwurf ging ein Brief Friedrich II. nach Dresden, in dem dieser Friedrich August versicherte, die sächsischen Ansprüche auf das Allodialerbe durchzusetzen. Des Weiteren verwies er darauf, dass der einzige Weg zur Festigung der sächsisch-preußischen Bindungen eine vertrauensvolle Zusammenarbeit sei: *Comme les difficultés s'accroissent et que les circonstances deviennent de plus en plus critiques, Votre Altesse Électorale sentira [...] qu'il est nécessaire, que nous prenions entre nous des liaisons plus étroites pour le but proposé, et surtout pour notre sûreté commune*.¹⁵²

b) Die Eröffnung des Testaments Max III. Josephs (11. März 1778)

Es sei an dieser Stelle noch einmal daran erinnert, dass Zehmen am 9. März eine Protestationsnote einreichte und München verließ. Unger wurde bevollmächtigt, an jeglichen Handlungen teilzunehmen, die mit der Eröffnung und Veröffentlichung des Testaments Max Josephs im Zusammenhang standen. Der Spielraum des sächsischen Diplomaten war recht begrenzt. Er führte ergebnislose Gespräche über die Rechtmäßigkeit der Ansprüche Friedrich Augusts auf das Allodialerbe und erkundigte sich nach dem Termin der Testamentseröffnung.¹⁵³ Die kurpfälzischen beziehungsweise bayerischen Minister Karl Theodors hatten jedoch gar nicht die Absicht, mit dem Vertreter des Dresdner Hofes zu sprechen. Der Leiter

¹⁴⁹ Finckenstein an Friedrich II., Berlin, 11. März 1778, ebd., S. 234 f.; SCHULZE, Beziehungen (wie Anm. 4), S. 75 f.

¹⁵⁰ Friedrich II. an Finckenstein, Potsdam, 12. März 1778, VOLZ, Politische Correspondenz (wie Anm. 57), Bd. 40, S. 236.

¹⁵¹ Finckenstein und Hertzberg an Friedrich II., Berlin, 14. März 1778, ebd.; Vermerk Hertzbergs, Berlin, 14. März 1778, ebd.

¹⁵² Friedrich II. an Friedrich August III., Potsdam, 14. März 1778, HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 02653/03, Bl. 30, vom Herausgeber der Politischen Correspondenz ausgelassen.

¹⁵³ Unger an Stutterheim, München 5., 8., 12., 15. Februar 1778, HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 02952/07, Bl. 11-12, 49-49^v, 109-109^v, 162-165^v.

der kurpfälzischen Außenpolitik, Matthäus von Vieregg, wies das sächsische Postulat, die Allodialmasse aus dem Erbe Max Josephs auszugliedern, zwar nicht zurück, erklärte jedoch, erst einmal die Eröffnung des Testaments abwarten zu wollen.¹⁵⁴ Ende Februar vertraten die sächsischen Staatsmänner immer noch den Standpunkt, dass in München an die Rechte ihres Kurfürsten erinnert und in Gesprächen mit Vertretern des Hofes und den an ihm akkreditierten Diplomaten gegen die sächsischen Einschränkung an der Allodialmasse protestiert werden sollte.¹⁵⁵

Die Lage des Kurfürsten von der Pfalz in München war nicht einfach. Gegen seine politischen Maßnahmen protestierte die an Preußen orientierte, um Klemens Franz' Witwe, Maria Anna, versammelte Opposition.¹⁵⁶ Erfolglos endeten die mit dem Kaiserhof geführten Gespräche über den vom Kurfürsten von der Pfalz erwünschten Tausch Bayerns gegen die habsburgischen Niederlande. Karl Theodor lehnte wiederum die Annahme des ihm von der Wiener Hofburg angebotenen Thron Galiziens und Lodomeriens ab.¹⁵⁷ Unter diesen Umständen beschloss der Kurfürst von der Pfalz, das Testament Max Josephs in den ersten Märztagen zu eröffnen. Noch vor der für den 11. März 1778 geplanten Veröffentlichung seines Inhalts warnte Unger, dass das Testament vom Dresdner Hof nicht anerkannt werden würde, wenn es Vermächtnisse enthalten sollte, die die Rechte des sächsischen Kurfürsten verletzen. Er bekam als Antwort, dass die Hausverträge dem Testament übergeordnet seien und jegliche Verfügungen, die mit ihnen im Widerspruch stünden, als ungültig betrachtet würden. Entgegen den Erwartungen des sächsischen Hofes enthielt der letzte Wille keine für Friedrich August günstigen Bestimmungen und schloss eine territoriale Erweiterung Sachsens auf Kosten Bayerns aus.¹⁵⁸ Diese Nachrichten erreichten Dresden am 17. März und nahmen dem Dresdner Hof die Option, das Testament Max Josephs im Kampf um die bayerischen Ländereien einzusetzen.

Die sächsischen Staatsmänner waren sich im Klaren, dass die Gespräche über die bayerische Frage im Schatten der preußischen und österreichischen Kriegsvorbereitungen geführt wurden. An der Elbe fürchtete man sich dabei deutlich mehr vor dem Einrücken kaiserlicher Truppen in Kursachsen als vor Friedrichs

¹⁵⁴ Note Viereggs an Riaucour, München, 23. Februar 1778, ebd., Bl. 262-264.

¹⁵⁵ Protokoll einer gemeinsamen Sitzung des Geheimen Konsiliums und des Geheimen Kabinetts, Dresden, 28. Februar 1778, HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 02653/02, Bl. 53^v-56.

¹⁵⁶ ADOLF ERHARD, Herzogin Maria Anna von Bayern und der Teschener Friede, in: Oberbayerisches Archiv für vaterländische Geschichte 40 (1881), S. 1-36; UNZER, Herzog von Zweibrücken (wie Anm. 4), passim.

¹⁵⁷ ARETIN, Bayerns Weg (wie Anm. 4), S. 72-83.

¹⁵⁸ Unger an Stutterheim, München, 12. März 1778, HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 02653/03, Bl. 15-22^v; Riaucour an Stutterheim, München, 12. März 1778, ebd., Bl. 1-3^v. Vgl. Lehrbach an Kaunitz, München, 13. März 1778, HHStA Wien, SK, Bayern 37, Bl. 491-492.

Armee.¹⁵⁹ Angesichts der schwer voraussehbaren Entwicklung der Ereignisse und unabhängig von den Versuchen, die bayerische Frage auf diplomatischer Ebene zu lösen, wurden bereits in den ersten Februartagen des Jahres 1778 in Dresden Anstrengungen unternommen, die Sicherheit der Stadt zu erhöhen. Das Kampfniveau der sächsischen Armee war niedrig, hauptsächlich wegen Personenmangels und ungenügender Bewaffnung. Eine Notlösung wurde in der Mitte Februar angeordneten zusätzlichen Anwerbung gesucht. Ende des Monats wurden Reformvorschläge erarbeitet, mit deren Hilfe man die bestehenden Truppen neuformieren und den Militäretat an die finanziellen und personellen Möglichkeiten Kursachsens anpassen wollte. Infolge dieser Reformen wurden vier Kavallerieregimenter und in jedem der zwölf Infanterieregimenter das dritte Bataillon aufgelöst.¹⁶⁰

Mit der Verteidigung Kursachsens vor einem voraussichtlichen Angriff des Kaisers befassten sich am 16. März das Geheime Kabinett und das Geheime Konsilium in einer gemeinsamen Sitzung.¹⁶¹ Es wurde angenommen, dass in erster Linie die Hauptstadt Dresden und die Festung Königstein Ziel der k. und k. Truppen wären. Da eine lange Verteidigung Dresdens nicht möglich war, sollten die sächsischen Truppen die österreichischen Soldaten lediglich so lange am Stadtrand aufhalten, bis Hilfe käme. *Den Entsatz*, meinten die Minister, *habe man von keiner andern als von preußischer Seite zu erwarten*. Sie empfahlen dem Kurfürsten, ein formelles Übereinkommen mit dem preußischen König zu schließen, das eine Garantie für eine schnelle und effektive Hilfe des Berliner Hofes böte.¹⁶²

c) Die preußisch-sächsische Konvention vom 18. März 1778

Die am 16. März 1778 in Dresden tagenden Minister konnten nicht ahnen, dass am selben Abend Alvensleben Post erreichen sollte, die den Entwurf einer preußisch-sächsischen Konvention enthielt. Bereits am nächsten Tag, am 17. März, nahm der preußische Gesandte umgehend Konsultationen mit dem Kurfürsten und Stutterheim in dieser Sache auf. Es gelang ihm, seine Gesprächspartner zu überzeugen, dass bei der unmittelbaren Gefahr, die seitens der Wiener Hofburg drohte, die

¹⁵⁹ Hoym an Stutterheim, Wien, 19. Januar, 25. Februar 1778, HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 02926/01, Bl. 21^v, 82; 18., 25. März 1778; ebd., Loc. 02653/03, Bl. 92-92^v, 213^v-215; Pezold an Stutterheim, 31. Januar, 14., 28. Februar, 11. März 1778, ebd., Loc. 02926/01, Bl. 40, 54, 84-85; 7. März 1778, ebd., Loc. 02653/02, Bl. 230-236^v.

¹⁶⁰ RUDOLF MIELSCH, Die kursächsische Armee im bayerischen Erbfolgekrieg 1778/79, in: Neues Archiv für sächsische Geschichte 53 (1932), S. 73-103, hier S. 79 f. Sächsische Kriegsvorbereitungen beunruhigten den preußischen König; Friedrich II. an Alvensleben, Potsdam, 2. März 1778, VOLZ, Politische Correspondenz (wie Anm. 57), Bd. 40, S. 189.

¹⁶¹ Protokoll einer gemeinsamen Sitzung des Geheimen Konsiliums und des Geheimen Kabinetts, Dresden, 16. März 1778, HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 02653/02, Bl. 331.

¹⁶² Ebd., Bl. 331-335.

Entscheidungen in der vorgelegten Frage unverzüglich getroffen werden müssten.¹⁶³ Noch am selben Tag bekam Stutterheim die Vollmacht, mit dem preußischen Gesandten zu verhandeln.¹⁶⁴

Es scheint, dass sich Friedrich August lediglich auf Stutterheims Meinung verließ und sich ohne Konsultationen mit seinen Ministern dazu entschloss, das vom Berliner Hof vorgeschlagene Bündnis einzugehen. Es ist nicht ausgeschlossen, dass sich der Kurfürst in dieser Sache mit ausgewählten Beratern in Verbindung setzte, Spuren derartiger Konsultationen ließen sich in den Quellen jedoch nicht finden. Am 18. März setzten Stutterheim und Alvensleben ihre Unterschriften unter die von den preußischen Kabinettsministern und dem ehemaligen Leiter der sächsischen Außenpolitik Karl Johann von der Osten-Sacken entworfene Konvention. In einer verhältnismäßig umfangreichen Einleitung berief man sich auf die offensive österreichische Politik, die die Sicherheit und den Frieden im Reich gefährdete und es dem Kurfürsten unmöglich machte, die Vollstreckung seiner begründeten Rechte auf die bayerische Allodialmasse durchzusetzen. Es wurde festgehalten, dass das geschlossene Bündnis eine natürliche Konsequenz der von den beiden Herrschern bereits übernommenen Verpflichtungen sei, wie sie in der preußischen Note vom 31. Januar und der sächsischen Note vom 7. Februar deutlich zum Ausdruck gekommen waren.¹⁶⁵ Im 1. Artikel verpflichtete sich Friedrich II., unter Einsatz aller möglichen Mittel, in erster Linie aber der Diplomatie, den *status quo ante mortem* Max Josephs in Bayern herbeizuführen und Friedrich August bei der Durchsetzung seiner Ansprüche Hilfe zu leisten. Der sächsische Kurfürst wiederum versprach, eng mit dem preußischen König zusammenzuarbeiten und alle außenpolitischen Entscheidungen, insbesondere die an der Wiener Hofburg, im Reichstag und an anderen Stellen zu unternehmenden Schritte, mit dem preußischen Minister zu konsultieren.¹⁶⁶ Im 2. Artikel versprach man sich gegenseitig, gemeinsame Maßnahmen zu ergreifen, wenn es in der bayerischen Frage auf friedlichem Wege nicht gelänge, positive Ergebnisse zu erreichen. Im Falle eines bewaffneten Konflikts beabsichtigte man, zusammenzuarbeiten, nicht nur um die Territorien beider Staaten zu verteidigen, sondern um auch den berechtigten Ansprüchen des sächsischen Kurfürsten Genüge zu leisten.¹⁶⁷ In den Artikeln 3 und 4 wurde erklärt, dass die genaue militärische Zusammenarbeit ein getrenntes Übereinkommen bestimmen würde.¹⁶⁸ Der preußische König rati-

¹⁶³ Alvensleben an Friedrich II., Dresden, 18. März 1778, VOLZ, Politische Correspondenz (wie Anm. 57), Bd. 40, S. 273.

¹⁶⁴ Friedrich August III. an Friedrich II., Dresden, 17. März 1778, HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 02653/03, Bl. 31-31^v.

¹⁶⁵ Sächsisch-preußische Konvention, Dresden, 18. März 1778, HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 02653/03, Bl. 35. Der Inhalt wird kurz bei UNZER, Hertzbergs Anteil (wie Anm. 4), S. 15 f., beschrieben.

¹⁶⁶ Sächsisch-preußische Konvention, Dresden, 18. März 1778, HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 02653/03, Bl. 35^v.

¹⁶⁷ Ebd., Bl. 35^v-36.

¹⁶⁸ Ebd., Bl. 36.

fizierte die Konvention am 21. März 1778, drei Tage später folgte der sächsische Kurfürst.¹⁶⁹

IX. Die letzte Chance: General Miltitz' Mission

Die im kaiserlichen Auftrag von Herzog Albert Kasimir von Sachsen-Teschen an seinen Neffen Friedrich August III. gestellte Anfrage brachte keine Antwort zu den Plänen des sächsischen Hofes. Mit einem Misserfolg endeten auch die von ihm um den 10. März unternommenen Versuche, von Pezold Informationen über eine eventuelle sächsisch-preußische Allianz zu bekommen.¹⁷⁰

An der Donau wusste man weiterhin nicht, auf welche Seite des immer wahrscheinlicher werdenden bewaffneten Konflikts sich der Dresdner Hof stellen würde. Die Lektüre der Depeschen Ludwig Cobenzls, des österreichischen Gesandten an der Spree, ließ vermuten, dass der sächsische Kurfürst sich um ein formelles Übereinkommen mit dem Berliner Hof bemühte.¹⁷¹ Andere Schlussfolgerungen ergaben sich aus Berichten Knebels. Der Diplomat informierte, dass der Kurfürst immer noch nicht von dieser Idee überzeugt war, obwohl seine Minister ein enges Zusammenwirken mit dem Berliner Hof postulierten. Nach der Auffassung des österreichischen Gesandten hatte der Kurfürst vor allem Angst vor einem Krieg. Die politischen Grundsätze Friedrich Augusts, der in einem künftigen bewaffneten Konflikt Sachsen eher als einen neutralen Staat sah, wurden immer stärker von diesen Befürchtungen geprägt.¹⁷²

An der Wiener Hofburg hatte man weiterhin die Absicht, den Dresdner Hof für sich zu gewinnen. Als Grundlage dafür wollte man Kursachsen im vorausgerichtlichen österreichisch-preußischen Krieg Neutralität anbieten. Unklar bleibt der Ursprung dieses Plans. Es steht fest, dass einer der engsten Mitarbeiter Kaunitz', Binder, die Gespräche mit Pezold vor dem 14. März 1778 geführt hatte (wahrscheinlich am 13. März, der sächsische Diplomat nannte in seinem Bericht vom 14. März kein Datum des Treffens mit dem Rat in der Staatskanzlei). Binder erklärte, er sei von Maria Theresia unter strengster Geheimhaltung damit beauftragt worden, dem Dresdner Hof ein Projekt zu unterbreiten, das Kursachsen

¹⁶⁹ Friedrich II. an Friedrich August III., Potsdam, 22. März 1778, VOLZ, Politische Correspondenz (wie Anm. 57), Bd. 40, S. 282; preußische Ratifizierung, Berlin, 21. März 1778, HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 02653/03, Bl. 120-120^v; sächsische Ratifizierung, Dresden, 24. März 1778, ebd., Bl. 119-119^v; Friedrich August III. an Friedrich II., Dresden, 25. März 1778, ebd., Bl. 122-122^v. Vgl. Friedrich II. an Finckenstein, Potsdam, 23. März 1778, VOLZ, Politische Correspondenz (wie Anm. 57), Bd. 40, S. 295.

¹⁷⁰ Pezold an Stutterheim, Wien, 14. März 1778, HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 02653/03, Bl. 39-39^v.

¹⁷¹ Ludwig Cobenzl an Kaunitz, Berlin, 25. Februar 1778, HHStA Wien, SK, Preußen 59, Bl. 63.

¹⁷² Knebel an Kaunitz, Dresden, 2., 6., 9. März 1778, HHStA Wien, SK, Sachsen 21.

zahlreiche Vorteile bringen könnte (*vorteilhaftere Propositiones als man sich vielleicht nicht vorstellen würde*). Es gab nur eine Bedingung: Im Falle eines bewaffneten Konflikts sollte Friedrich August Neutralität wahren. Nach Binder war der Plan so geheim, dass weder der Kaiser Joseph II. noch der Staatskanzler und Leiter der österreichischen Außenpolitik Kaunitz eingeweiht waren. Höchste Diskretion wurde auch von Pezold erwartet, der Stutterheim unverzüglich über das österreichische Angebot informieren sollte, ohne es dem bevollmächtigten sächsischen Minister Hoym zu verraten. Binder erwartete, dass Pezold mit Vollmachten ausgestattet werden würde, die es ihm ermöglichten, über die Bedingungen des Übereinkommens zu verhandeln.¹⁷³

In einer Denkschrift, die Maria Theresia am 15. März vorgelegt wurde, erwog Kaunitz die Frage der Neutralität Sachsens. Die Bedingungen eines Übereinkommens, die, wie es scheint, von Maria Theresia vorgeschlagen wurden, hielt er für akzeptabel: Die Wiener Hofburg würde die Neutralität Kursachsens anerkennen, allerdings unter der Bedingung, dass der Dresdner Hof die gleiche Deklaration vom preußischen König bekäme. Sollte dieser ablehnen, könnte der Kurfürst auf österreichische Hilfe zurückgreifen. Im Falle, dass eine der Parteien die versprochene Neutralität Sachsens verletzte, wäre der Kurfürst verpflichtet, sich den Kriegshandlungen aktiv auf der Gegenseite anzuschließen. Der Leiter der österreichischen Außenpolitik vermutete jedoch, dass der sächsische Hof keine plötzliche Wendung in der Außenpolitik vollbringen würde, auch wenn der Kurfürst mit dem preußischen Hof noch kein Bündnis eingegangen wäre. Kaunitz war der Ansicht, dass der Dresdner Hof die Aktivitäten der Wiener Hofburg in der Frage der Schönburgischen Herrschaften sowie die im bayerischen Erbfolgestreit ergriffenen Maßnahmen nicht habe vergessen können. Er konnte sich nicht vorstellen, dass der sächsische Kurfürst imstande wäre, sich für eine Annäherung an die Wiener Hofburg zu entscheiden und sich damit dem Missfallen und Zorn des preußischen Königs auszusetzen, der Sachsen in den vorhergehenden Monaten sowohl in der schönburgischen als auch in der bayerischen Frage Hilfe geleistet hat.¹⁷⁴

¹⁷³ Pezold an Stutterheim, Wien, 14. März 1778, HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 02653/03, Bl. 40-44^v. Unmittelbar nachdem Stutterheim den Bericht aus Wien erhalten hatte, informierte er den Berliner Hof über den österreichischen Vorschlag; Stutterheim an Zinzendorf, Dresden, 19. März 1778, ebd., Bl. 49-49^v. Am 21. März wurde das Angebot der Wiener Hofburg dem preußischen König vorgestellt. Dieser hatte keinen Zweifel, dass das Neutralitätsprojekt eine Falle war, um den Schwerpunkt des künftigen Krieges nach Sachsen zu verlagern; Finckenstein an Friedrich II., Berlin, 21. März 1778, VOLZ, Politische Correspondenz (wie Anm. 57), Bd. 40, S. 288 f.; Friedrich II. an Finckenstein, Potsdam, 21. März 1778, ebd., S. 289.

¹⁷⁴ *Wenn man sich in die Stelle des Herrn Churfürsten setzt, so ist leicht zu begreifen, dass er nach der Lage seiner Umstände keinen solchen Anträgen die Hände bieten kann, wodurch es ihm zur Notwendigkeit werden würde und müsste, sich vor der Zeit ganz bloß zu geben, nach allem dem, was wegen Glaucha und sonst vorgegangen, sich in die diesseitigen Arme schlechterdings zu werfen, gegen den König in Preußen und seine bisherige Verwendung zu Gunsten der sächsischen Allodial-Forderung eine offenbare Undankbarkeit zu zeigen, von dem mit ihm bisher unterhaltenen freundschaftlichen*

Obwohl Kaunitz nicht mit der Annahme des österreichischen Angebots rechnete, war er doch der Meinung, dass noch ein Versuch unternommen werden sollte, Sachsen für sich zu gewinnen, da ansonsten Friedrichs Truppen im Falle eines sächsisch-preußischen Bündnisses, einen breiten Zugang zum böhmischen Territorium erlangen würden.¹⁷⁵ Der Vortrag des Staatskanzlers enthielt jedoch ein wichtiges Novum. Von den Plänen der Wiener Hofburg sollte Friedrich August von einem Vertrauten des Herzogs von Sachsen-Teschen, General Dietrich Alexander von Miltitz, erfahren und nicht von Pezold, wie es Binder erwartete. Miltitz verließ Wien am 18. März mit einem Bündel Dokumente: einem Brief Maria Theresias an Friedrich August vom 14. März, einer Note an den sächsischen Hof sowie dem Entwurf der erwünschten Antwort des Dresdner Hofes.¹⁷⁶

Im Zusammenhang mit der Dresdner Mission von Miltitz stellen sich zahlreiche Fragen. Wir können mit Sicherheit festhalten, dass die Wiener Hofburg sich vor einem sächsisch-preußischen Bündnis fürchtete. Die Möglichkeit, vom kur-sächsischen Territorium aus zu agieren, könnte für den Verlauf des künftigen Konflikts entscheidend sein. Es ist unwahrscheinlich, dass Kaunitz als Leiter der österreichischen Außenpolitik nichts von Binders und Pezolds Konferenz wusste. Es ist eher anzunehmen, dass Binders Geheimnistuerei die Wachsamkeit des sächsischen Diplomaten schwächen und ihn zu offeneren Äußerungen ermuntern sollte, aus denen sich schließen ließe, ob Friedrich August bereits ein formelles Bündnis mit Friedrich II. eingegangen ist. Es sollte auch die Frage nach den sich gegenseitig ausschließenden österreichischen Vorschlägen gestellt werden. Miltitz' Mission, die von Kaunitz unterstützt wurde, diskreditierte jedoch die Ausführungen Binders. Ich würde eher meinen, dass es sich nur um eine scheinbare Inkohärenz handelte, die dazu dienen sollte, den Dresdner Hof von der Ehrlichkeit der österreichischen Absichten und der Entschlossenheit Maria Theresias zu überzeugen.

Pezolds Bericht von der Konferenz mit Binder erreichte Dresden am 19. März, der General traf dort am 21. März ein. Stutterheim war auf die Gespräche mit Miltitz gut vorbereitet. Er versicherte dem General bereits am 21. März, dass der Kurfürst im Falle eines bewaffneten Konflikts Neutralität zu wahren wünsche. Er enthüllte Miltitz, dass er selbst die Meinung seines Monarchen nicht teile. Er vertrat eher den Standpunkt, dass die Parteilosigkeit eines schwachen Staates genauso riskant sei wie die Verstrickung in einen Konflikt. Unabhängig davon bezeichnete er die von der Wiener Hofburg vorgeschlagene Erklärung, nach der der Kurfürst

Verhältnis auf einmal abzuspringen, solchergestalt die Rache des Königs zu reizen und sich allen hieraus entstehen könnenden Folgen gleich anfangs zu exponieren; Kaunitz an Maria Theresia, Wien, 15. März 1778, HHStA Wien, SK, Vorträge 125, Bl. 108-108^v.

¹⁷⁵ Ebd., Bl. 109^v.

¹⁷⁶ Maria Theresia an Friedrich August III., Wien, 14. März 1778, HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 02653/03, Bl. 89; Note Dietrich Alexander von Miltitz' an Stutterheim, Dresden, 22. März 1778, ebd., Bl. 90-90^v; ein Entwurf der sächsischen Antwort, ebd., Bl. 91-91^v.

sich im Falle der Verletzung der sächsischen Neutralität durch eine der Konfliktparteien, der Gegenpartei anschließen müsste, als inakzeptabel. Stutterheim erklärte, dass Friedrich August, obwohl er die Neutralität wolle, die ihm unterbreiteten Vorschläge nicht werde akzeptieren können, denn er wäre dann ein Spielball der Großmächte. Er bereitete Miltitz darauf vor, dass mit einer schnellen Antwort auf den österreichischen Entwurf nicht zu rechnen sei. Sollte Preußen eine grundlegende Rolle bei dem geplanten Übereinkommen spielen, sollte der Plan mit dem Berliner Hof konsultiert werden. Nach Stutterheim wäre ein Kongress, an dem alle Parteien teilnahmen, die Rechtstitel auf einen Anteil am bayerischen Erbe hätten, der beste Ausweg aus der Situation.¹⁷⁷ Am Tag darauf, am 22. März, wurde Miltitz vom Kurfürsten empfangen, der sich in allgemeinen Worten für das großzügige Angebot Maria Theresias bedankte und versprach, es gründlich zu überdenken.¹⁷⁸

Am selben Tag sprach der General noch mit Karl August von Gersdorf, dem Kabinettsminister und Staatssekretär für Militärangelegenheiten. Dem vor den Folgen von Kriegshandlungen auf sächsischem Territorium gewarnten Minister zufolge würde der preußische König eher in Böhmen als in Sachsen einrücken und der Kurfürst also keine Gründe haben, sich davor zu fürchten. Am 23. März traf sich Miltitz wiederum mit Christian Gotthelf von Gutschmid, einem Mitglied des Geheimen Konsiliums und vertrauten Berater des Kurfürsten. Gutschmid machte keinen Hehl daraus, dass Neutralität wenig real war, denn es war zweifelhaft, dass die Konfliktparteien, vor allem der preußische König, sie respektieren würden. Allein das Unterbreiten eines derartigen Entwurfs am Berliner Hof könnte für Sachsen gefährlich sein.¹⁷⁹ Seiner Aussage zufolge hatten der Kurfürst und seine Berater immer noch die Hoffnung, dass es nicht zum Krieg komme und die berechtigten Ansprüche der an Max Josephs Erbe interessierten Höfe sich auf einem Kongress durchsetzen ließen, an dem sich als Vermittler auch Staaten beteiligen würden, die nicht zu den Konfliktparteien gehörten: Frankreich und Preußen. Gutschmid resümierte, dass der Kurfürst auf dem Standpunkt stehe, es sei besser, nichts in der bayerischen Frage zu gewinnen, als sich einer Gefahr auszusetzen.

¹⁷⁷ Bericht Miltitz', Wien, 31. März 1778, HHStA Wien, SK, Sachsen 21. Allgemeine Informationen über seine Mission bei ARNETH, Maria Theresia (wie Anm. 28), Bd. 4, S. 360 f.

¹⁷⁸ Bericht Miltitz', Wien, 31. März 1778. Stutterheim informierte kurze Zeit später Zinzendorf über Miltitz' Mission; Stutterheim an Zinzendorf, Dresden, 23. März 1778, HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 02653/03, Bl. 95-95v. Der preußische König bekräftigte seine zuvor geäußerte Meinung, dass das Ziel der Wiener Hofburg darin besteht, Sachsen zum Schauplatz eines zukünftigen bewaffneten Konflikts zu verwandeln; Friedrich II. an Alvensleben, Potsdam, 24. März 1778, VOLZ, Politische Correspondenz (wie Anm. 57), Bd. 40, S. 304.

¹⁷⁹ *Er [Gutschmid] bestand darauf, dass eine sichere Beobachtung von solcher sehr ungewiss und eine dem König von Preußen davon zu machende Eröffnung noch weit gefährlicher sei*; Bericht Miltitz', Wien, 31. März 1778, HHStA Wien, SK, Sachsen 21.

Am 26. März 1778 erteilte Stutterheim Miltitz eine Antwort auf die österreichischen Vorschläge. Der Kurfürst wies die vom Gesandten unterbreitete Idee nicht zurück, hatte jedoch die Absicht, sich vorher an den preußischen König zu wenden, um dessen Meinung einzuholen, da der Berliner Hof Garant der sächsischen Neutralität sein sollte. Auf die Frage des österreichischen Gesandten, ob darunter zu verstehen sei, dass der Kurfürst ein formelles Übereinkommen mit Preußen geschlossen habe, erwiderte der Leiter der sächsischen Außenpolitik, dass Friedrich August III. mit Friedrich II. nichts anderes verbinde als normale Beziehungen zwischen zwei benachbarten Staaten.¹⁸⁰ Miltitz nahm diese Worte für bare Münze und ging davon aus, dass Sachsen tatsächlich keine internationalen Verpflichtungen eingegangen wäre. *Ich muss aber gestehen*, schrieb er in seinem Wiener Bericht, *dass meine innere Meinung dahin geht, es habe bis dato der sächsische Hof in gar kein Bündnis gegen den kaiserlichen sich mit dem preußischen eingelassen. Die Furcht vor dem König von Preußen ist in Dresden unbeschreiblich und hat die Gemüter dergestalt eingenommen, dass, da sie sich einen etwas bedenklichen Schritt zu tun und einen gewissen Plan und System zu treffen nicht wagen.*¹⁸¹

*X. Major Zegelins Mission:
die sächsisch-preußische Militärkonvention vom 2. April 1778*

Am Berliner Hof rechnete man Mitte März tagtäglich mit dem Beginn der Kriegshandlungen. Der König war entschlossen, so schnell wie möglich ein Übereinkommen mit Sachsen zu schließen. Angesichts der unmittelbaren Gefahr eines bewaffneten Konflikts teilte er die Meinung Prinz Heinrichs und Sackens, dass es notwendig sei, eine Militärkonvention zu unterzeichnen. In den militärischen Plänen des Berliner Kabinetts war dieses Übereinkommen ein wichtiges Element, um das brandenburgische Gebiet vor einem Angriff der kaiserlichen Truppen zu schützen.

Bevor die Nachricht von der Unterzeichnung der sächsisch-preußischen Konvention am 21. März in Berlin eintraf, schloss Hertzberg nicht aus, dass Friedrich August schnell zum kaiserlichen Lager übergehen könnte, wenn die k. und k. Truppen in Kursachsen einrückten, bevor das Militärabkommen mit ihm geschlossen worden wäre. Hertzberg meinte, dass einige zehntausend preußische Soldaten so schnell wie möglich nach Sachsen verlegt werden sollten, da sie eine Garantie für die Loyalität des Kurfürsten wären und gleichzeitig die Hauptstadt vor den Angriffen der kaiserlichen Truppen schützten. Diesem Vorschlag ist der König jedoch nicht gefolgt.¹⁸² Finckenstein wiederum berichtete Friedrich II. am

¹⁸⁰ Ebd.; Friedrich August III. an Maria Theresia, Dresden, 26. März 1778, HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 00735/03, Bl. 168-168^v; Note Stutterheims an Miltitz, Dresden, 26. März 1778, ebd., Bl. 169-170.

¹⁸¹ Bericht Miltitz', Wien, 31. März 1778, HHStA Wien, SK, Sachsen 21.

¹⁸² UNZER, Hertzbergs Anteil (wie Anm. 4), S. 19 f.

19. März, dass sich in den Gesprächen mit Zinzendorf ergeben habe, dass sich der sächsische Kurfürst immer stärker vor der österreichischen Aggression fürchtete. Die Passivität des Berliner Hofes könnte sich als verhängnisvoll erweisen und eine Annäherung Sachsens an die Wiener Hofburg zur Folge haben. Nach Auffassung des Ministers sollten dringend Maßnahmen ergriffen werden, die Dresden vor einem Angriff der kaiserlich-königlichen Truppen schützten.¹⁸³ Prinz Heinrich nahm an, der Kaiser würde sich eher nicht dafür entscheiden, Sachsen anzugreifen, und vertrat den Standpunkt, dass die preußischen Truppen an der Grenze stehen bleiben und in Sachsen erst im Falle des österreichischen Angriffs einmarschieren sollten.¹⁸⁴

Die Nachricht von der Unterzeichnung der sächsisch-preußischen Konvention vom 18. März durch Stutterheim und Alvensleben traf in Berlin am 21. März ein. Bereits am gleichen Tag wurde der Vertrag auch von Friedrich II. ratifiziert. Ebenfalls noch am 21. März wurde Major Johann Christoph von Zegelin, bis 1775 preußischer Gesandter in Konstantinopel, nach Dresden geschickt. Das Ziel seiner Mission war, eine Militärkonvention mit dem südlichen Nachbarstaat zu schließen. Sein Aufenthalt an der Elbe sollte streng geheim sein, da befürchtet wurde, er könnte der Wiener Hofburg sonst als Vorwand dienen, Kriegshandlungen aufzunehmen.¹⁸⁵

Zegelin gelangte am 24. März in Dresden an. Seine Ankunft fiel zeitlich mit der sächsischen Ratifizierung der Konvention vom 18. März zusammen, wobei sich leider nicht feststellen lässt, ob die Unterzeichnung vor oder erst nach seiner Ankunft erfolgte. Noch am 24. März führte Zegelin erste geheime Gespräche mit Stutterheim und unterbreitete ihm das in Berlin vorbereitete Projekt einer Militärkonvention. Die Führung der sächsischen Armee sollte Prinz Heinrich übernehmen, die preußischen Truppen sollten wiederum freien Zugang zum Territorium des Kurfürstentums haben. Es wurde allerdings betont, dass die sächsischen Truppen ausschließlich der Sicherheit Sachsens und seiner Hauptstadt sowie dem Schutz seiner Grenzen dienen würden. Ihr eventueller Einsatz außerhalb Kur Sachsens wurde der Entscheidung des Kurfürsten und der sächsischen Führung überlassen. Die übrigen Bestimmungen des vorgeschlagenen Vertrags betrafen unter anderem detaillierte Fragen zur Aufstellung der preußischen Truppen und Depots sowie zur Verpflegung der verbündeten Armeen.¹⁸⁶ Am nächsten Tag, am

¹⁸³ Finckenstein an Friedrich II., Berlin, 19. März 1778, VOLZ, Politische Correspondenz (wie Anm. 57), Bd. 40, S. 268.

¹⁸⁴ UNZER, Hertzbergs Anteil (wie Anm. 4), S. 19 f.

¹⁸⁵ Friedrich II. an Johann Christoph von Zegelin, Potsdam, 21. März 1778, VOLZ, Politische Correspondenz (wie Anm. 57), Bd. 40, S. 274. SCHULZE, Beziehungen (wie Anm. 4), S. 78 nahm fälschlicherweise an, dass Zegelins Reise nach Dresden eine Antwort auf die Mission von Miltitz war.

¹⁸⁶ Friedrich II. an Zegelin, Potsdam, 21. März 1778, VOLZ, Politische Correspondenz (wie Anm. 57), Bd. 40, S. 274-277; Zegelin an Friedrich II., Dresden, 26. März 1778, ebd., S. 330.

25. März, legte der Leiter der sächsischen Außenpolitik dem Kurfürsten den preußischen Entwurf der Militärkonvention vor. Friedrich August III. ordnete unverzüglich an, dass der General-Inspekteur der Infanterie, Gustav Adolph Bennigsen, Gespräche mit Zegelin führt. Diese fanden in der Nacht vom 25. zum 26. März statt. Die sächsische Partei war mit den wichtigsten Bestimmungen der vorgeschlagenen militärischen Konvention einverstanden. Zu den offenen Fragen, deren Klärung Bennigsen forderte, gehörten: die Teilnahme der sächsischen Truppen an gemeinsamen Aktionen der verbündeten Heere, die Zuständigkeit der sächsischen Befehlshaber über die sächsischen Soldaten sowie die Verpflegung der Soldaten außerhalb der Landesgrenzen.¹⁸⁷

Da die ungeklärten Punkte nur unbedeutendere Festlegungen betrafen, hatte Friedrich II. angesichts der mit jedem Tag zunehmenden Gefahr von Kriegshandlungen nicht die Absicht, gegen eine detaillierte Formulierung ausgewählter Fragen zu protestieren. Er war damit einverstanden, dass in der Militärkonvention festgelegt wurde, dass die sächsischen Truppen nicht mehr als ein Achtel der verbündeten Armee ausmachen und keine gemischten Verbände gebildet würden. Die preußische Partei verpflichtete sich ihrerseits dazu, die sächsischen Truppen auf feindlichem Territorium auf eigene Kosten zu verpflegen und ihnen einen Anteil an den Kontributionen zu gewährleisten. Der preußische König bestand gleichzeitig auf der Erhöhung der Sicherheit Dresdens und sprach sich dafür aus, dass die sächsische Partei mindestens vier- bis fünftausend Infanteristen und zusätzliche Kavallerietruppen zur Verteidigung der Hauptstadt abkommandierte.¹⁸⁸

Am 2. April 1778 unterzeichneten Bennigsen und Zegelin den Militärvertrag.¹⁸⁹ Der Weg zum Einmarsch der preußischen Truppen in Kursachsen und die Übernahme der Führung der sächsischen Armee durch Prinz Heinrich war frei. Am 7. April wurden die Kabinettsminister und die Mitglieder des Geheimen Rats, die mit Ausnahme von Stutterheim bisher nicht in die Gespräche über das sächsisch-preußische Militärabkommen eingeweiht waren, von dessen Unterzeichnung informiert. Sie waren sich des Ernsts der Lage bewusst und empfahlen dem Kurfürsten, die Hauptstadt auf Kriegshandlungen vorzubereiten. Es war notwendig, Vorräte an Nahrungsmitteln und Munition zu beschaffen. Da man sich vor dem Einmarsch der österreichischen Truppen in die Stadt fürchtete, wurde beschlossenen Kunstwerke und andere Wertgegenstände in Sicherheit zu bringen. Sie sollten ins Schloss Barby, das etwa 200 Kilometer nordwestlich von der Hauptstadt entfernt an der Elbe lag, gebracht werden. Die Festung Königstein, die der Dresdner Kunstammer in den vorhergehenden Kriegen Schutz geboten hatte,

¹⁸⁷ Zegelin an Friedrich II., Dresden, 26. März 1778, ebd.

¹⁸⁸ Friedrich II. an Zegelin, Potsdam, 30. März 1778, ebd., S. 338.

¹⁸⁹ Sächsisch-preußische Militärkonvention, Dresden, 2. April 1778, MIELSCH, Die kur-sächsische Armee (wie Anm. 160), S. 82-85.

erschien den Ministern angesichts des dort erwarteten Angriffs der österreichischen Truppen als nicht sicher genug.¹⁹⁰

Nicht nur in Dresden bereitete man sich intensiv auf einen Krieg vor. Sowohl der preußische König als auch der Kaiser verließen ihre Hauptstädte und begaben sich zu ihren Truppen. Auf eine endgültige Auseinandersetzung wartete vor allem der Kaiser. Er hoffte darauf, sich nicht nur an dem alten Gegner, sondern auch an dem neuen Feind rächen zu können. Für die Zurückweisung des österreichischen Neutralitätsangebots musste Friedrich August bestraft werden. Der Kaiser beschloss, den Kurfürsten zu demütigen, indem er vorschlug, dass dieser im Falle eines bewaffneten Konflikts samt Familie Dresden verlasse und sich nach Prag begeben, wo ihm die ganze Prager Burg zur Verfügung gestellt werden sollte.¹⁹¹ Joseph vermutete mit Recht, dass der Dresdner Hof ein Bündnis mit dem preußischen König geschlossen haben muss. Der Kaiser konnte es nicht verschmerzen, dass sich der sächsische Kurfürst mit dem Erzfeind der Habsburger Monarchie verbündete und schwor dem einstigen Verbündeten Rache. *Ces misérables*, schrieb er am 29. April 1778 an Maria Theresia, *s'en repentiront, si j'en ai l'occasion*.¹⁹²

XI. Fazit und Ausblick

Da die Verhandlungen der sächsischen Diplomatie mit dem Kurfürsten von der Pfalz, die zwischen den Jahren 1774 und 1777 geführt worden waren, erfolglos blieben, war der sächsische Kurfürst gezwungen, entweder auf seine Erbrechte zu verzichten oder einen Verbündeten, der seine Ansprüche unterstützen könnte, zu finden. Eines war vollkommen klar: Friedrich August III. konnte nicht auf eine Unterstützung des Kaiserhofes zählen, welcher selbst seine Forderungen geltend machte und dabei die sächsischen unterschätzte. Ganz im Gegenteil – Der Konflikt um die Schönburgischen Herrschaften und der sogenannte Glauchauer Krieg (1777) bewiesen, dass von kaiserlicher Seite ausschließlich feindliche Handlungen zu erwarten waren. Der diplomatische Beistand, den Friedrich II. in der schönburgischen Angelegenheit gewährte, ließ die sächsischen Staatsmänner darauf hoffen, dass der König von Preußen auch in diesem Falle den Kurfürsten unterstützen würde. Die wachsenden politischen Spannungen im Reich in den ersten Wochen

¹⁹⁰ Protokoll einer gemeinsamen Sitzung des Geheimen Konsiliums und des Geheimen Kabinetts, Dresden, 7. April 1778, HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 02653/03, Bl. 323-324^v.

¹⁹¹ ARNETH, Maria Theresia (wie Anm. 28), Bd. 4, S. 361.

¹⁹² Joseph II. an Maria Theresia, 29. April 1778, ALFRED RITTER VON ARNETH (Hg.), Maria Theresia und Joseph II. Ihre Correspondenz sammt Briefen Joseph's an seinen Bruder Leopold, Bd. 2: 1773–Juli 1778, Wien 1867, S. 230. Auch Maria Theresia verband ihre Unzufriedenheit über das Verfahren des sächsischen Kurfürsten nicht: *je suis excédée comme vous des Saxons et de leurs finasseries*; Maria Theresia an Joseph II., Wien, 2. Mai 1778, ebd., S. 234.

nach dem Tode Max III. Josephs – die pfälzische Machtübernahme in München, der Einmarsch der k. und k. Truppen in Bayern sowie die zunehmenden politischen Aktivitäten Preußens – überzeugten die sächsischen Minister davon, dass sie sich aktiver um den friderizianischen Beistand bemühen sollten. Es ging hierbei nicht nur um das bayerische Allodialerbe, sondern auch um die Sicherung und den Schutz des Kurfürstentums im Falle eines Krieges, welcher, wie anzunehmen war, jederzeit ausbrechen konnte. Nach den Erfahrungen der Schlesischen Kriege und des Siebenjährigen Krieges waren sich die sächsischen Staatsmänner eines bewusst: Ein neuer bewaffneter Konflikt würde das Kurfürstentum zum Kriegsschauplatz machen. Gemäß den Verträgen mit Friedrich II. verzichtete Friedrich August III. auf eine selbstständige Reichs- und Außenpolitik. Im bayerischen Erbfolgekrieg, der im Juli 1778 ausbrach, kämpften sächsische Truppen auf der Seite Preußens. Sowohl die schönburgische Frage als auch die Allodialansprüche wurden kraft des Friedens von Teschen geregelt (1779). Die preußische Diplomatie setzte sich im Laufe der Friedensverhandlungen für Sachsen ein und kam den aus dem Bündnis folgenden Verpflichtungen treu nach.¹⁹³

Die Annäherung zwischen Dresden und Berlin kann nicht nur im Zusammenhang mit der bayerischen Erbfolge und dem Konflikt um die Schönburgischen Herrschaften gesehen werden, sondern auch im Kontext der in den 1770er-Jahren tiefgreifenden Veränderungen im Alten Reich. Die politischen Grundsätze Friedrichs II., der eine Vergrößerung der preußischen Monarchie auf Kosten des Kurfürstentums Sachsen und einer Annektierung der Ober- und Niederlausitz begrüßen würde,¹⁹⁴ sollten ein sächsisch-preußisches Bündnis eigentlich ausschließen. Die ungünstige Lage Sachsens zwischen preußischer Szylla und österreichischer Charybdis verursachte, dass der Kurfürst nicht neutral bleiben konnte. Die sächsischen Staatsmänner waren sich der Tatsache bewusst, dass die Neutralität des Kurfürstentums – wegen seiner politischen und militärischen Schwäche – von den Kriegsparteien nicht respektiert werden würde.

Die Handlungsfreiheit der kleineren und mittelgroßen Reichsstände im Europa der Pentarchie sank seit Jahrzehnten dramatisch. Die Warschauer Historikerin Urszula Kosińska hält in ihrem Buch über die sächsische Außenpolitik in

¹⁹³ ADOLF UNZER, *Der Friede von Teschen. Ein Beitrag zur Geschichte des bayerischen Erbfolgestreites*, Kiel 1903, passim.

¹⁹⁴ *De toutes les provinces de l'Europe il n'en est aucune qui conviennent mieux à l'État que la Saxe, la Prusse polonoise et la Poméranie suédoise, a cause que toutes trois l'arrondissent*; Friedrich II. von Preußen, *Testament politique* (1752), RICHARD DIETRICH (Hg.), *Die politischen Testamente der Hohenzollern*, Köln/Wien 1986, S. 368. *Je trouve que le pais qui nous convient le mieux, c'est la Saxe. Il nous arrondirait, il couvrirait la capitale contre les incursions des Autrichiens. Il est déjà lié avec notre commerce et procurerait, s'il nous était joint, les plus grands avantages à l'État*; Friedrich II. von Preußen, *Testament politique* (1768), ebd., S. 658. Vgl. WINFRIED MÜLLER, „Sachsen wäre jedoch am nützlichsten“. Das Kalkül Friedrichs II. und seiner Nachfolger, in: *Dresdner Hefte* 111 (2012): Sachsen und Preußen. *Geschichte eines Dualismus*, S. 4-16.

den letzten Herrschaftsjahren Augusts des Starken fest, dass der Kurfürst-König nach dem Jahre 1730 nicht nur von seinen bisherigen Verbündeten verlassen wurde, sondern auch von den Monarchen umschlossen war, mit welchen er in Konflikt stand und welche sich gegen ihn verbündeten.¹⁹⁵ August der Starke war in einer viel günstigeren Situation als sein Urenkel Friedrich August III., obwohl Kursachsen bereits unter seiner Herrschaft keine richtige Bewegungsfreiheit mehr hatte. Es ist hinzuzufügen, dass die politische Lage des Kurfürstentums in den 1770er- und 1780er-Jahren (bayerischer Erbfolgestreit, Fürstenbund) im Vergleich zu anderen Reichsständen typisch zu sein scheint. Sowohl die Kurfürsten von der Pfalz, die Landgrafen von Hessen, die Markgrafen von Baden, die Herzöge von Württemberg als auch andere Herrscher wurden in den preußisch-österreichischen Konflikt hineingezogen. Dies betraf auch Georg III. als Kurfürsten von Braunschweig-Lüneburg, der auf eine selbstständige Politik im Reich verzichtete und dem preußischen Lager beitrug. Dieser Prozess erreichte seinen Höhepunkt im friderizianischen Fürstenbund vom Jahre 1785.¹⁹⁶ Hierfür waren zwei Gründe ausschlaggebend: Joseph II. missachtete in politischen und militärischen Projekten und Maßnahmen im Reich die Pläne und Desiderata der traditionellen Alliierten und Klienten des Kaiserhofes, unter anderem des sächsischen Kurfürsten. Die offensive oder sogar öfters aggressive Politik Josephs II. führte dazu, dass Friedrich August III. sich Friedrich II. näherte, welcher das Ziel verfolgte, deutsche Fürsten um sich zu scharen und sich offen dem Kaiserhof zu stellen.

¹⁹⁵ URSZULA KOSIŃSKA, August II w poszukiwaniu sojusznika. Między aliansem wiedeńskim i hanowerskim (1725–1730) [August II. auf der Suche nach einem Verbündeten. Zwischen dem Vertrag von Wien und der Allianz von Herrenhausen (1725–1730)], Warszawa 2012, S. 515.

¹⁹⁶ Dieser wurde von der Geschichtsschreibung bisher nicht vollständig untersucht. Es gibt zwar viele Abhandlungen zum Fürstenbund, es fehlt aber an Studien, die ein detailliertes Gesamtbild wiedergeben. Es ist nicht schwer, die Gründe dafür zu erkennen: Die durch die Französische Revolution und die Napoleonischen Kriege hervorgerufenen Veränderungen haben die Geschichtswissenschaft weitaus mehr interessiert als der Zeitraum 1763 bis 1789.